Einzelpreis 10 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Reichspfennig Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Reichspfennige — Für komplizierten Satz Aufschlag. — Reklamepreis: Die 3 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 50 Reichspfennige.

Organ der KPD., Bezirk Schlesien

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei wöchentlich einmaligem Erscheinen frei ins Haus monatlich 2,25 Reichsmark, wöchentlich 60 Pfennige. Einzelnummern durch Straßenhändler und Kioske 10 Reichspfennige. — Redaktion und Expedition Breslau, Strehlener Straße 50. Postscheckkonto Breslau 544. Fernsprecher Breslau Ring 2887.

7. Jahrgang. Montag, 8. Juni 1925 Nummer 125

Geheimverhandlungen in Preußen

Die Weimarer Koalition vor Einigung mit den Monarchisten

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 8. Juni.

Die „Germania", das Zentralorgan der Zentrumspartei, das nunmehr ganz in die Hände der reaktionären Zentrumsgrafen übergegangen ist, berichtete am Samstag unter der Ueberschrift „Die Wiederaufrollung der preußischen Frage", daß die Verhandlungen, deren Ziel es sei, eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungsbasis in Preußen herbeizuführen, nicht geruht hätten. Die Verhandlungen hätten sich zunächst in einer Fühlungnahme nach rechts bewegt. Es seien dort aber noch sehr große Schwierigkeiten zu überwinden. Daraus ergibt sich, daß die von der kommunistischen Presse seit Wochen gegen die Sozialdemokraten vorgebrachten Anklagen, die von der SPD.-Presse totgeschwiegen wurden, vollinhaltlich zutreffen. Hinter den Kulissen der Braunregierung wird „in aller Stille" über die Verkuppelung der acht Millionen sozialdemokratischer Arbeiter- und Kleinbauernstimmen an die Reaktion verhandelt. Die „Germania" erklärt zum Schluß, daß die letzten Entscheidungen bei den Fraktionen selbst liegen.

Vor einer Rechtsschwenkung des preußischen Zentrums

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 8. Juni.

Heute morgen wird die preußische Landtagsfraktion des Zentrums zur Regierungsfrage Stellung nehmen. Ueber die Vorgänge in der Zentrumsfraktion berichtet der „Montagmorgen", daß es zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen werde.

Der rechte Flügel unter Führung des bekannten Weinfreundes Hermes werde einen Vorstoß gegen die Anhänger der bisherigen Koalitionspolitik machen, die übrigens arg zusammengeschmolzen seien.

Es sei immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Beschlüsse gefaßt würden, die die Lage der jetzigen Regierung Braun außerordentlich erschweren können.

Severing „erkrankt"

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 8. Juni.

Wie die „Rote Fahne" aus „gut unterrichteter" Quelle berichtet, ist Severing von einer Reise nach Bielefeld nicht zurückgekehrt und an einem alten Leiden erkrankt. Es steht fest, daß dieses Fernbleiben Severings mit den Verhandlungen über das Preußenkabinett, bei denen besonders die Deutschnationalen die Abdankung Severings forderten, zu tun habe.

*

Die Vorgänge in Preußen bedürfen keines großen Kommentars. Bald wird der Schlußstrich unter diesen Verrat gesetzt werden, der eine endgültige Entlarvung aller „republikanischen" Scheinopposition bedeutet. Die Haltung der Sozialdemokraten läßt keine Illusion mehr übrig.

Sie lehnen ab: die Vollamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen;

sie lehnen ab: die Säuberung der Reichswehr, der Schupo, der Justiz, der Schulen und der Verwaltung von allen monarchistischen Elementen;

sie lehnen ab: den Kampf um den Achtstundentag;

sie lehnen ab: den Kampf um höhere Löhne;

sie lehnen ab: alle Steuererleichterungen für die Besitzlosen und stärkere Belastung des Besitzes;

sie lehnen ab: das Verbot der technischen Nothilfe;

sie lehnen ab: die Beschlagnahme der Fürstenvermögen, die Ausweisung des „Kronprinzen" und der anderen Hochgeborenen.

Statt dessen bemühen sie sich hinter den Kulissen mit den monarchistischen Volksparteilern und Deutschnationalen, den Parteien der scharfmacherischen Schwerindustrie, zu einer Einigung zu kommen.

Kommentar für jeden denkenden Arbeiter überflüssig!

Das Auseinanderbrechen des Stinnestonzerns

Das in der der vorigen Woche gemeldete Auseinandergehen der beiden Erben des großen Hugo Stinnes, Edmund und Hugo Stennes jr., mit dem eine Veränderung im Stinnes-Konzern nicht verbunden gewesen sein sollte, ist nur der Vorbote für das Auseinanderbrechen dieses als die genialste Schöpfung deutschen Geistes der Nachkriegszeit gepriesenen Wirtschaftsgebildes geworden, das doch nur eine Sumpfblüte im Niedergang des deutschen Kapitalismus gewesen ist.

Unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten sind die vier Berliner Großbanken, die Commerz- und Privatbank und andere Bankunternehmen zusammengetreten, um zu beraten, ob und wie der Stinnes-Konzern zu sanieren sei. Denn dieser einst so mächtige Konzern ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten: der Kern des ganzen aufgeblähten Gebildes, die Rhein-Elbe-Siemens-Schuckert-Union, kann fällig gewordene kurzfristige Kredite nicht begleichen und bekommt im Augenblick keine neuen Kredite.

Diese Sanierungsverhandlungen fanden unter Ausschluß der Familie Stinnes statt; die eben noch so mächtige Gesellschaft Stinnes, vor der die Bankherren zitterten, muß sich jetzt von diesen die Bedingungen der Sanierung diktieren lassen. Sie sind nicht billig. Dem Stinnes-Konzern wird ein Kredit von 40 bis 50 Millionen Reichsmark eingeräumt — zu welchen Zinsen, wird verschwiegen. Dadurch wird der ursprüngliche Konzern zusammengehalten; seine Leitung bekommt Hugo Stinnes jr. unter der Vormundschaft des Dr. Voegler von der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft, des Dr. Silverberg von der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenfabrikation und des Herrn Witthoff in Hamburg, die auch bei den Sanierungsverhandlungen mitgewirkt haben. Zur Sicherheit für den Kredit veräußert der Stinnes-Konzern Aktienpakete einer Anzahl seiner Beteiligungsunternehmungen, darunter auch großer westdeutscher Montangesellschaften. Außerdem sollen die organisch nicht zum ursprünglichen Konzern gehörenden Beteiligungen wie z. B. Zeitungsunternehmungen abgestoßen werden. Schon wird über Verhandlungen über den Verkauf der „D. A. Z." an das rechte Zentrum berichtet. Warum soll Leusch, der für Hugo Stinnes geschrieben hat, nicht auch für den Papst schreiben?

Edmund Stinnes wird auf die Automobil- und Versicherungsinteressen des Konzerns beschränkt.

Das Ganze wird offiziell straffe Zusammenfassung der Geschäfte der Firma in Mülheim-Ruhr (des ursprünglichen Stinnes-Konzerns) und Abbau der übrigen Niederlassungen und Interessen genannt.

In Wirklichkeit handelt es sich um das Auseinanderbrechen des größten und am meisten aufgeblähten Inflations- und Spekulationskonzerns Deutschlands, der sich von dem Barmat-, Kutisker- und Michael-Gebilde nur dadurch unterscheidet, daß sein Fundament ein alter Montankonzern gewesen ist. Der Stinnes-Konzern bricht just an der Stelle auseinander, wo sich die Montankonzerninteressen mit den Spekulationskonzerninteressen berühren und schneiden. Die Quellen, die den Zusammenkauf von Unternehmungen durch den alten Hugo und seine Nachfolger speisen: die Reichsentschädigungen für die im Versailler Frieden vom französischen Schwerkapital interessierten Werke, die Inflationsgewinne, die Micum-Entschädigungen und schließlich die Amerikakredite sind versiegt. Das Ende kommt so banal wie bei Barmat und Kutisker.

Es versteht sich, daß der „Vorwärts", daß die Barmat-Sozialdemokratie im Stinnes-Zusammenbruch die Rechtfertigung für die Barmat-Korruption finden. Den Sozialdemokraten ist es zugute zu halten, daß sie nicht nur von den Barmats Geld genommen haben, sondern daß ihr Hermann Müller, ihr Severing auch vor Hugo Stinnes auf dem Bauch gelegen haben und daß Ebert, als seine Amtszeit abgelaufen war, von Stinnes Gnaden Reichspräsident geblieben ist.

Das Auseinanderbrechen des Stinnes-Konzerns charakterisiert den deutschen Nachkriegskapitalismus deutlicher als alles andere als einen Kapitalismus der Zersetzung, des Niederganges. Zugleich kennzeichnet das Ende der Stinnes-Herrlichkeit die Grenzen der Dawes-Sanierung: die amerikanischen Kredite können zwar auf gewisse Zeit der deutschen kapitalistischen Wirtschaft Leben und Bewegung verleihen, aber sie beschleunigen bei der Unfähigkeit des deutschen kapitalistischen Wirtschaft Leben und Bewegung verleihen, aber sie beschleunigen bei der Unfähigkeit des deutschen Kapitals zur Rückzahlung die Krise. Sie führen statt zum Wiederaufbau nur tiefer in den Sumpf hinein. Ohne die Kredite kann die deutsche kapitalistische Wirtschaft nicht leben. Mit den Krediten geht sie gleichfalls bergab. Schließlich ist das Stinnes-Ende ein Symptom für die Brüchigkeit der berühmten Stabilisierung: die Mark ist zwar stabil, aber die Krise des deutschen Kapitalismus ist geblieben.

Schwere blutige Zusammenstöße in Berlin-Teltow

Severings Polizei überfällt wehrlose Rote Frontkämpfer

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 8. Juni.

In Teltow bei Berlin fand gestern die Bannerweihe des Roten Frontkämpferbundes statt. Obgleich die Veranstaltung bereits vor sechs Wochen genehmigt war, gestattete gleichzeitig der preußische Innenminister Severing den gestrigen Aufmarsch der Teltower Schützengilde. Die Frontkämpfer befanden sich im Westen der Stadt, die Faschisten sammelten sich im Osten, um in den Mittagsstunden nach dem Westen zu ziehen. In einem starken Zug, geführt von 20 uniformierten Gendarmen, provozierten die schwarz-weiß-roten Schützengilder die Roten Frontkämpfer mit Zurufen wie „rote Halunken", „Arbeiterschweine" usw. Als verschiedene Rote Frontkämpfer die Gendarmen auf das unerhörte Benehmen der Faschisten aufmerksam machten, zogen die Gendarme blank und stürmten auf die wehrlosen Frontkämpfer ein. Da die Frontkämpfer waffenlos waren, mußten sie flüchten. Plötzlich gab ein Gendarmeriewachtmeister Befehl zum Scharfschießen und ein Fliehender nach dem anderen wälzte sich in seinem Blute. Ueber 20 Frontkämpfer wurden verletzt, darunter 9 schwer, die sich in Lebensgefahr befinden. Ein Arbeitersamariter, der einen Schwerverwundeten verbinden wollte, wurde durch einen Schuß in den Rücken auf der Stelle getötet.

Einige Minuten nach der Schießerei trafen zwei Lastautos Schupo ein. Die Schupobeamten nahmen Stellung gegen das brutale Vorgehen der Gendarmeriebestien. Erst nachdem die Gendarmerie abgezogen war, konnten die Verwundeten ins Krankenhaus transportiert werden.

Nach dem geglückten Ueberfall zogen die Schützenvereine wieder zu ihrem Platz und feierten ihr Fest weiter.

In der Stadt Teltow herrscht größte Erregung.

Vom Aufstand in China

(Eigener Drahtbericht.)

London, 8. Juni.

Die Kämpfe in Schanghai dauern an und haben sich nunmehr durch den Generalstreik der Arbeiter sämtlicher Industriezweige verschärft. Der englische Generalkonsul hat durch Funkspruch Kreuzer zur Niederwerfung der Aufständischen herangeholt. Der Aufstand wird allgemein für ganz China. Eine Hungersnot in den großen Städten ist noch nicht zu befürchten.

Vom Tage

Die Lohndifferenzen im Holzgewerbe haben sich verschärft, da die Lohnverhandlungen ergebnislos verlaufen sind.

In Wien kam es zu einem Demonstrationszug arbeitsloser Invaliden, die sich, um Freifahrtkarten zu erlangen, zu Hunderten auf die Schienen der Straßenbahn legten, so daß der Straßenbahnverkehr in den Hauptstraßen unterbrochen wurde.

Die Lohnbewegung der französischen Bergarbeiter ist noch nicht zu einem Abschluß gekommen. Die Situation ist dadurch sehr ernst und man rechnet mit der Möglichkeit eines Streiks.

Der französische Frank ist erneut gefallen. Angeblich ist die Ursache in den großen Frankenverkäufen in Neuyork zu suchen.

Die seit Monaten sich zuspitzende Wirtschaftskrise erreicht im Stinnes-Bankrott einen neuen Höhepunkt. Die Stillegungen im Ruhrgebiet, die täglich hunderte von Kumpels und Bergbeamten auf die Straße werfen, werden unter der Einwirkung der Stinnes-Sanierung noch weiter wachsen. Nicht umsonst reagiert die Börse auf die Stinnes-Sanierung mit erheblichen Kurseinbußen nicht nur für die Stinnes-Aktien, sondern auch für die Aktien aller anderen Montan-Konzerne.

Das zeigt schon, daß der Stinnes-Zusammenbruch für **die deutschen Arbeiter in ihrer Gesamtheit, wie für die Hunderttausende der Stinnes-Lohnsklaven nicht gleichgültig ist.**

Das deutsche Schwerkapital unter der Führung seiner Bürgerblock-Regierung sieht im Stinnes-Zusammenbruch die Bestätigung seiner einzigen alten Lehre: die Krise, die Zersetzung des deutschen Kapitalismus wett zu machen durch verschärfte Offensive, durch verstärkte Lohnkürzung, durch weiter verlängerte Arbeitszeit, durch ein Antreibersystem, das immer raffinierter wird, das immer mehr Arbeiter mordet. Stinnes in seinem Aufstieg war der Lehrmeister des deutschen Kapitals auch auf diesem Gebiet: die Massenkatastrophen auf seinen Gruben legen blutiges Zeugnis von seiner Meisterschaft ab. Stinnes in seinem Zusammenbruch wird das deutsche Kapital erst recht zu den brutalsten Unterdrückungsmaßnahmen treiben: schon nennt die „Berliner Börsen-Zeitung", als Sprachrohr des konterrevolutionärsten Flügels des deutschen Schwerkapitals, das Stinnes-Ende die „Folge einer wirtschaftsfeindlichen Politik". Frecher und unverschämter kann man die Tatsachen nicht verdrehen. Wirtschaftsfeindlich war und ist gewiß die Politik der Nachkriegsregierungen von Scheidemann bis Luther, von Ebert bis Hindenburg. Doch sie ist es, weil sie im Dienste der Montankonzerne, im Dienste des Hugo Stinnes und seiner Kumpane gestanden hat, weil sie die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes, seine Arbeitskraft, sein Leben, seine Gesundheit ausgeraubt hat, damit durch die Inflation, durch Ueberarbeit, durch Antreiberei, durch Zölle, durch Steuern mit ihren Milliardenüberschüssen Millionen und Millionen in die Taschen der Stinnes-Kapitalisten gehäuft wurden. Das Ende ist der Zusammenbruch, ist vermehrtes Elend, ist Arbeitslosigkeit und Hunger.

Was ist dagegen zu tun, um sich der Folgen des Stinnes-Bankrotts, der Krise des deutschen Kapitalismus zu erwehren.

Kontrolle des Kreditgebarens der Reichsbank und der anderen Bankunternehmen, die jetzt wieder dabei sind, mit dem Gelde des deutschen Volkes ein bankrottes kapitalistisches Unternehmen auf die Kosten der Werktätigen zu erhalten: das ist das eine.

Das andere ist die Kontrolle der Arbeits- und Produktionsbedingungen der Stinnes-Unternehmungen durch die Betriebsräte des Stinnes-Konzerns.

Erkämpfung des Achtstundentages und der Siebenstundenschicht, Durchsetzung der Friedensreallöhne ist das dritte.

Hierher gehört schließlich die Abwehr der Zoll- und Steuerpläne der Luther-Regierung, die aus dem deutschen Volk zu den bereits an das Stinnes-Kapital verschleuderten vielen hundert Millionen neue Millionen und Milliarden zur Stützung des verfaulten deutschen Kapitalismus herausholen will.

130 Prozent Friedensmiete!

Mit sozialdemokratischer Hilfe

Berlin, 8. Juni.

Der Preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine E. V., dessen Vorsitzender der Landtagsabgeordnete Ladendorff ist, hat an das Preußische Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, in der er eine

Erhöhung der Miete für den Monat Juni auf 130 Prozent

verlangt. Für den Monat Juni hat es die Regierung noch abgelehnt, den Wünschen der Hausbesitzer zu entsprechen. Praktisch bedeutet aber die Forderung der Hausbesitzer, daß in unmittelbarer Zeit, wenn nicht schon im Monat Juli, eine wesentliche Erhöhung der Mieten in Kraft treten wird.

Interessant ist zu erfahren, daß der Sozialdemokrat Braun auf der Suche nach Ministern und auch einer Parlamentsmehrheit bereit war, den Landtagsabgeordneten Ladendorff, der der Wirtschaftspartei angehört, in sein Kabinett aufzunehmen. Es hatten bereits offizielle Verhandlungen mit der Wirtschaftspartei stattgefunden, aber der Druck der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen auf die Wirtschaftspartei war zu groß und Ladendorff hat abgelehnt. Das bedeutet

daß auch die Sozialdemokraten bereit sind, den Wünschen der Hausbesitzer in weitestgehendem Maße entgegenzukommen.

Die Kommunisten beantragten im Hauptausschuß des Preußischen Landtages bei Beratung des Haushalts für Volkswohlfahrt, das Gesetz über die Erhebung der Hauszinssteuer mit Wirkung ab 1. Juli 1925 aufzuheben und die Mieten vom gleichen Zeitpunkt ab entsprechend herabzusetzen. Weiter sollten die vorläufige Steuer vom Grundvermögen und infolge dieser Steuer erhobenen Zuschläge zur Wohnungsmiete aufgehoben werden.

Die Berliner Aerzte für die allgemeine Amnestie!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 8. Juni.

Am Ende voriger Woche fand eine Protestversammlung der Aerzte und Arbeiter gegen den Hoefle-Skandal statt. Jetzt wird uns ergänzend mitgeteilt, daß außer der Resolution, die sich gegen Klassenmedizin und Klassenjustiz richtet, noch eine Zusatzentschließung durch Erich Mühsam eingebracht, einstimmig und unter großem Beifall angenommen wurde, deren Text lautet:

„Die Volksversammlung fordert eine volle Amnestie für die politischen Gefangenen und für eine möglichst große Zahl anderer Gefangener, die aus Not zu Verbrechern wurden."

Durch die Annahme dieser Resolution hat ein großer Teil von Aerzten und sonstigen Intellektuellen gezeigt, daß sie zusammen mit der klassenbewußten Arbeiterschaft schärfsten Protest gegen die reaktionäre Justiz und Verwaltung erheben will. An der Arbeiterschaft liegt es, die werktätigen Aerzte und anderen geistigen Arbeiter immer enger in dem Kampfbündnis gegen Reaktion und Kapitalismus heranzuziehen.

Der Mecklenburger Tscheka-Spitzelprozeß

Schon jetzt Zusammenbruch der Anklage

(Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 7. Juni.

Mit sensationellen Notizen: „Ein neuer Tscheka-Prozeß", „Tscherschinsky-Methoden in Deutschland" versucht die bürgerliche Presse seit Wochen Stimmung zu machen für den gestern begonnenen antibolschewistischen Tendenzprozeß vor dem Staatsgerichtshof. Angeklagt des Hochverrats sind der Mecklenburger Arbeiter Winkel, die Mecklenburger kommunistischen Landtagsabgeordneten Erich Schmidt und Warncke und der 24jährige, als Schriftsteller bezeichnete Arbeiter Zeutschel aus Hamburg. Außer ihrer Mitgliedschaft zur KPD., deren Umsturzpläne beim Staatsgerichtshof an sich gerichtsnotorisch sind, wird den Angeklagten zur Last gelegt, im Herbst 1923 Versammlungen besucht, Hundertschaften gebildet, Waffen und Sprengstoff beschafft zu haben und mit der Reichswehr in Verbindung getreten zu sein. Zeutschel soll in Verfolgung der hochverräterischen Bestrebungen den als Spitzel verdächtigen Fuhrmann Jonas aus Hagenow erschossen haben. Das besondere an dieser, sich sonst im Rahmen der in dieser Republik üblichen Verfolgung der Kommunisten haltenden Anklage ist die Tötung des Jonas, die von Zeutschel bestritten wird.

Das Bild dieses Prozesses ist dasselbe wie in allen früheren. Die Zusammenstellung des Gerichtshofes war, wie immer beim Staatsgerichtshof, der Willkür des Vorsitzenden, in diesem Falle der des Volksparteilers Hettner überlassen.

Als Zeugen sind neben einer Reihe von Spitzeln die Schönke, Himmel, der völkische Sekretär Pollmann, der als Spitzel Mitglied der KPD. war, Herr Palm von der Ia Berlin, Herr Landgerichtsdirektor Vogt („Ich werde dafür sorgen, daß Ihnen der Kopf vor die Füße gelegt wird!") genannt. Als Sachverständiger fungiert unter anderm der in Deutschland nicht ganz unbekannte Medizinalrat Dr. Thiele aus Berlin-Moabit.

Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Wolff und Dr. Herzfeld.

Zu Beginn der Verhandlung teilt der Verteidiger Dr. Herzfeld, Berlin, mit, daß er den Privatdozenten Dr. Gumbel als Zeugen und Sachverständigen über die Ursachen, den Umfang, den politischen Charakter der Geheimbünde in Deutschland für den 11. Juni geladen habe.

Nach der Vernehmung zur Person gibt der Angeklagte Warncke eine Analyse der Situation im Jahre 1923, die verbrecherische Inflationspolitik der Bourgeoisie, die Verelendung des Proletariats, die Rüstungen der Konterrevolution. Er gibt zu, mit Reichswehrsoldaten gesprochen zu haben über die politische Lage. Nach den Erfahrungen im Kapp-Putsch mußten die Arbeiter annehmen, daß gerade in Mecklenburg die Reichswehr mit den Faschisten gemeinsame Sache machen wird. Warncke gibt zu, an mehreren Versammlungen teilgenommen zu haben, in denen zur Bildung von Abwehrgruppen gegen die Faschisten aufgefordert wurde. Von Terrorakten, die solche Gruppen ausüben sollten, sei keine Rede gewesen. Davon, daß Jonas erschossen werden sollte, weil er Spitzel sei, habe er nichts gehört.

Der zweite Tag in diesem Prozeß bringt schon eine große Ueberraschung, als der Angeklagte Winkler in seiner Vernehmung nach Eröffnung der Verhandlung alle seine früheren Aussagen widerruft. Er war es, der in Zeutschel den Mörder des Jonas erkannt haben wollte und erklärt heute, damals habe ich die Unwahrheit gesagt. Er begründet seine Beschuldigung mit Rücksichtnahme auf seinen Vater. Winkler erklärte heute, der Mörder führte den Decknamen Walter. Er selbst hatte keinerlei Verbindung mit diesem Mörder und war am Tage der Mordtat in Berlin.

Nach Vernehmung des Sachverständigen Dr. Aronsohn, der die Leichenschau im Walde vorgenommen hatte, wurde die Verhandlung auf Montag vertagt.

Roter Tag in Beuthen

(Eigener Drahtbericht.)

Beuthen, 8. Juni

Der erste oberschlesische Rote Tag fand am 7. Juni in Beuthen, der schwarz-weiß-roten Hochburg Oberschlesiens statt. Beuthen stand vollständig unter dem Einfluß des gewaltigen Roten Frontkämpferaufmarsches. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Bannerweihe auf dem Ring. An derselben beteiligten sich zirka 3000 Frontkämpfer. In dem darauffolgenden Demonstrationszuge wurden 22 rote Fahnen getragen. Der Zug bewegte sich durch das Arbeiter- sowie das Bourgeoisviertel. Die Fußstege waren dicht besetzt von Spießern, die unfreiwillig Spalier bildeten. Die Nationalisten hatten sich in die Löcher verkrochen, und es kam deshalb nirgends zu Reibereien. Die Polizei hielt sich zurück.

Ausführlicher Bericht folgt morgen.

Reichsbanner-Ovationen für Hindenburg

Der „Kampfgeist" des Reichsbanners gegen Hindenburg ist seit dem Amtsantritt Hindenburgs vollständig verflogen. Keine Spur mehr vom Kampf gegen die Monarchie. Als neueste Heldentat des Reichsbanners meldet die „Germania" aus München, **daß das Reichsbanner Aschaffenburg am Tage seiner Bannerweihe an den Reichspräsidenten Hindenburg ein Begrüßungstelegramm geschickt hat.** Im Auftrage Hindenburgs hat der Staatssekretär Meißner an den Vorsitzenden des Reichsbanners ein Schreiben gerichtet, **in welchem der Reichspräsident dem Reichsbanner seine Anerkennung ausspricht.**

Die Proletarier im Reichsbanner sehen auch aus diesem Vorfall, welcher Kurs eingeschlagen wird. Wer den Kampf gegen die monarchistische Gefahr ernsthaft führen will, muß deshalb das Reichsbanner verlassen. Von allen Frontsoldaten-Organisationen ist nur der Rote Frontkämpferbund als eine entschlossene, zielbewußte antimonarchistische Organisation anzusprechen. Deshalb gehört jeder Arbeiter in die Reihen der Roten Frontkämpfer!

Die „Internationale" beim Reichsbanner verboten!

Die Gauleitung des Reichsbanners in Ostpreußen hat auf höhere Weisung in einem Rundschreiben wieder einmal den arbeiterfeindlichen Charakter dieser Organisation betont. Es heißt da:

„Reichsbanner Schwarz-rot-gold
Gau Ostpreußen
Königsberg i. Pr., den ...5. 25.
Hoffmannstr.
Rundschreiben Nr. 24.

1. — — —
2. — — —

3. Disziplin. Wiederholt ist begründete Beschwerde geführt worden, daß bei öffentlichen Umzügen, Fahnenweihen usw. in einzelnen Ortsvereinen die Disziplin sehr zu wünschen läßt.

Es wird gleichfalls darauf hingewiesen, daß das Absingen der Internationale bei solchen Gelegenheiten strengstens verboten ist.

gez. Stark, Gauvorsitzender."

Es ist bezeichnend für die großmäulige „völkerbefreiende" Sozialdemokratie", daß sie ihre Leute in diesem schwarz-rot-goldenen Nationalistenklub dirigiert und darauf sich noch etwas einbildet.

Das Verbot der „Internationale" ist der Beginn für das Einschwenken in die Hindenburgfront.

Wo Arbeiterlieder verpönt sind, hat kein Arbeiter etwas zu suchen.

Heraus aus dem Deutschland-über-alles-Reichsbanner! Hinein in die Rote Front!

Rote Hilfe ist Hochverrat!

Stuttgart, 5. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die Stuttgarter „Süddeutsche Arbeiterzeitung" vom 4. Juni wurde durch Beschluß des Amtsgerichts Stuttgart wegen eines Artikels zur Aufforderung von Rote-Hilfe-Organisationen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" beschlagnahmt. Gestern fanden den ganzen Tag im gesamten Partei- und Druckereigebäude sehr eingehende Haussuchungen statt. Die Polizei suchte stundenlang nach Material für die Rote Hilfe und beschlagnahmte u. a. einige Exemplare „verbotener" Broschüren von Moskow in der Redaktion, ferner Formulare und Matern der Roten Hilfe, außerdem 191 Unterstützungsanträge aus dem Parteibüro. Wiederum setzte die Polizei mit einer „großzügigen" Jagd nach dem verantwortlichen Redakteur und dem Beauftragten der Roten Hilfe, dem Landtagsabgeordneten Schuhmacher, ein, trotzdem der Innenminister und Justizminister dem Genossen Pieck bei Verhandlungen vor wenigen Tagen noch zugesagt hatten, daß die Schaffung von Rote-Hilfe-Organisationen nicht verboten sei.

Das Verhalten der württembergischen Regierung, deren Hauptstütze nebenbei das republikanische Zentrum ist, ist selbst im Deutschland des weißen Terrors unerhört. Faschistische Geheimbünde können wuchern wie die Pilze, eine vollkommen legale Organisation, die im Vereinsregister angemeldet ist, deren Aufgaben in behördlich anerkannten Statuten genau umschrieben sind, wird als „hochverräterisch" verfolgt — weil sie Arbeiterfrauen und -kinder unterstützt, deren Ernährer im Kerker schmachten.

Will das deutsche Proletariat sich derartiges bieten lassen? Die Antwort: alle Kraft für die Unterstützung der Roten Hilfe!

Der Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg für die Thesen des EA.

(Eigene Drahtberichte.)

Berlin, 8. Juni.

Gestern fand der Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei des Bezirks Berlin-Brandenburg statt. Anwesend waren 255 Delegierte, davon 57 aus den Betriebszellen. Nach einer eingehenden Aussprache über die neue Taktik wurde eine Resolution für die Thesen des EA. gegen nur 25 Stimmen angenommen, 11 Delegierte enthielten sich der Stimme.

Ein Kampfaufruf der Kommunistischen Jugendinternationale

(Inprekorr.) Moskau, 6. Juni. Ein Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale an die Arbeiter-, Bauern- und Studentenjugend der ganzen Welt besagt: „In Schanghai haben die englischen Gendarmen am 30. Mai unter den demonstrierenden Studenten ein Blutbad veranstaltet. Die Opfer wurden, als die Vertreter der Idee der Befreiung Chinas vom Imperialismus, wegen ihrer Solidaritätskundgebungen für die streikenden Arbeiter Tsingtaus hingemordet.

Seit einem halben Jahr geht durch China eine ungeheuere Streikwelle. Der chinesische Arbeiter ist der unterdrückteste und ausgebeutetste Proletarier der Welt. Der chinesische Arbeiter beginnt einen Kampf für die elementarsten Rechte. Die englischen, französischen, japanischen und amerikanischen Imperialisten führen untereinander einen Kampf um die Verteilung der Anteile an der Ausplünderung Chinas, aber wenn sich die Arbeitermassen zum Kampf erheben, sind sie alle einig. Japaner erschießen chinesische Arbeiter in Tsingtau. Die Studenten Schanghais protestieren gegen das japanische Blutbad. Englische Polizisten schießen deswegen auf die Studenten.

Nur die siegreiche nationale Revolution, die China mit der Hilfe des Proletariats, des revolutionären Bauerntums und der fortgeschrittenen Intelligenz der ganzen Welt vom imperialistischen Joch befreit, kann solchen Bestialitäten, kann solchen Vergewaltigungen des chinesischen Volkes ein Ende bereiten.

Junge Arbeiter, Bauern, Matrosen, Soldaten, Studenten! Kämpft gegen die Schandtaten des englischen und japanischen Imperialismus, fordert die Evakuation Chinas von fremden Truppen, fordert die Bestrafung der Schuldigen am Blutbad durch das Gericht des chinesischen Volkes, fordert die Befreiung der verhafteten Studenten und Gewerkschaftsführer, unterstützt die chinesische Freiheitsbewegung so wie ihr Sowjetrußland unterstützt habt, fordert die Aufhebung der Raubverträge gegen China!

Soldaten, Matrosen, schießt nicht auf die chinesischen Arbeiter, Bauern und Studenten, richtet eure Waffen gegen die Unterdrücker eurer chinesischen Brüder!

Hände weg von China! Es lebe die Befreiung Chinas! Brüderlicher Gruß an die chinesischen Arbeiter, Bauern und Studenten! Ehre den Opfern des Imperialismus, Schande und Fluch den englischen und japanischen Henkern!"

Der Dozent an der Technischen Hochschule Hannover, Professor Lessing, kann nunmehr, nach Mitteilung des Preußischen Ministers für Volksbildung, seine Vorlesungen wieder aufnehmen, nachdem völkische Studenten bisher Lessing infolge seiner linken politischen Einstellung daran hinderten.

Die Bukowina unter rumänischem Joche

Von G. Grigorowitsch (Czernowitz).

Von allen „Kronländern" der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie hat die Bukowina vielleicht am meisten gelitten. **Im November 1918 von der rumänischen Armee okkupiert,** nur auf kurze Zeit okkupiert, gegen den Willen der gesamten Bevölkerung und selbst entgegen internationalen Beschlüssen und den vierzehn Punkten Wilsons, ist die Bukowina jetzt bereits das siebente Jahr der Herrschaft der unerhörten Willkür und des Terrors der Regierung des Königreichs Rumänien ausgesetzt.

Durch diesen Akt der Annektierung hat Rumänien alle Verträge verletzt, die bis dahin zwischen verschiedenen Staaten geschlossen waren. Es hat den im Jahre 1916 zwischen Rußland und England abgeschlossenen **Londoner Vertrag** verletzt, demgemäß die Bukowina nach der Vernichtung Oesterreichs Rußland angeschlossen werden sollte. Dieser Akt der Annektierung **widerspricht** dem Willen der Bevölkerung, die am **3. November 1918** in einer großen Volksversammlung in Czernowitz den Beschluß gefaßt hatte, sich der **Westukrainischen Republik** anzuschließen und sich zusammen mit dieser durch Beschluß vom 22. Januar 1919 mit der **Ukraine** vereinigte. Ueberall, in der ganzen **Bukowina**, beschloß eine Reihe von Volksversammlungen den Anschluß an die Ukraine. Später noch protestierte eine Volksversammlung in Czernowitz im Jahre 1922 gegen die Einmischung des rumänischen Parlaments in die Angelegenheiten der Bukowina.

Selbst die Ententestaaten die durch den § 59 **des Vertrages von St. Germain** im Jahre 1919 **Rumänien nur den südöstlichen Teil der Bukowina zugesprochen** hatten, zögerten anfangs, das Land unwiderbringlich des Rechtes auf nationale Selbstbestimmung zu berauben. Erst viel später, nämlich im Jahre 1922, gaben die Großmächte der Okkupation den Anschein einer juridischen Form im **Artikel III des Vertrages von Sevres** und sprachen die Bukowina Rumänien zu.

Aber das Volk hat, ungeachtet der sechs Jahre Okkupation, nicht aufgehört, gegen die Vergewaltigung durch Rumänien zu protestieren, dagegen zu protestieren, daß die örtliche Bevölkerung aller elementaren Bürgerrechte beraubt wird; sie hat nicht aufgehört, gegen den Terror, die Ungesetzlichkeit und die Okkupation zu protestieren.

In diesem Lande, das **fast eine Million Einwohner** hat, und in dem neben einer relativen **Mehrheit ukrainischer Nationalität (42 Prozent), 33 Prozent Rumänen, 14 Prozent Juden, 8 Prozent Deutsche und 3 Prozent Sonstige** wohnen, in diesem Lande mit einer verhältnismäßig hohen Kultur und politischen und geschichtlichen Eigenheiten, haben die rumänischen Behörden vom allerersten Tage der Annexion eine Politik des grausamen Terrors, der Vergewaltigung, der Verfolgung der nicht rumänischen Nationalitäten begonnen und es mit dem alten Königreich an Rechtlosigkeit fast gleichgesetzt. Die wirtschaftliche Verwüstung, die Erdrosselung der nationalen Kultur, das Gefängnis, der Terror und die Mißhandlungen, sind zu einer Waffe der zügellosen Soldateska geworden.

Alle **168 ukrainischen Schulen**, in denen ungefähr 30 000 ukrainische Kinder unterrichtet worden waren, sind **vernichtet** und rumänische Schulen eingerichtet worden, obgleich die Mehrheit der Bevölkerung die rumänische Sprache nicht versteht. Vernichtet sind die ukrainischen Gymnasien in einer Reihe von Orten und ebenso die höheren Frauenschulen und die Fortbildungsschulen. Ebenso sind auch drei **deutsche** Gymnasien vernichtet worden. Die utraquistische **Universität** von Czernowitz ist aus einer deutsch-ukrainischen Lehranstalt jetzt in eine rein rumänische umgewandelt worden. Auf diese Weise wurden ungefähr 1000 Studenten von der Hochschule ausgeschlossen. Außer all dem aber werden die Kinder **deutscher, ukrainischer und jüdischer Nationalität** systematisch bei den Prüfungen benachteiligt und so aus den Schulen ausgeschlossen.

In **wirtschaftlicher** Beziehung steht es nicht besser. Die gepriesene **Bodenreform** wird allseits derart durchgeführt, daß rumänische Militärkolonisten auf den Staat- und Religionsfonds entnommenen Grundstücken angesiedelt werden. Allmählich werden in die Bukowina Tausende von **Kolonisten** übersiedelt, denen man je fünf Hektar Boden gibt, während die einheimische Bauernschaft, die zu Dreivierteln höchstens je zwei Hektar besitzt, oder ganz ohne Land ist, gezwungen wird, sich im **Süden der Bukowina** oder sogar in Rumänien anzusiedeln. Außerdem werden die Bodenstücke von den Beamten, den liberalen Abgeordneten, den Präfekten und allen möglichen Spekulanten in Besitz genommen, und diese geben sie dann den Bauern in Pacht, da sie selbst Roggen nicht von Weizen unterscheiden können. Die Forste, der Reichtum des Landes, werden Wucherern, gegen gewaltige Bestechungssummen zur Vernichtung ausgeliefert.

In der ganzen Ukraine gibt es keine einzige legale ukrainische politische Partei: alle sind verboten, selbst die kleinbürgerlichen. Sie sind deshalb verboten, weil die rumänische Regierung keiner einzigen politischen Gruppe der ukrainischen Bevölkerung traut. Alles ist verdächtig, alles wird als Sympathie für die Sowjetukraine ausgelegt.

Die Lage der **Arbeiterklasse** ist nicht besser als die der Bauernschaft. Der Arbeitslohn **erreicht höchstens 40 Prozent des Vorkriegslohnes.** Die **Gewerkschaftsbewegung** in der Bukowina, die unter dem Zeichen der Sozialdemokratie steht, wird von den Behörden geduldet. Dafür begegnet jeder Versuch der Gründung von linken Gruppierungen, die mit den unitären linken Gewerkschaften sympathisieren, der rohen Gewalt der Behörde. Der seit der Okkupation noch nie aufgehobene **Ausnahmezustand** nimmt der Arbeiterklasse alle Mittel zur Organisierung und zum wirtschaftlichen Schutze. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß von 190 Gewerkschaftsversammlungen 169 in Czernowitz stattfanden, und in der Provinz kaum zwanzig.

Der **Terror** und die unaufhörlichen **Verhaftungen**, die **Folterungen** in den Gefängnissen, die **Mißhandlungen** in der Provinz und in der Hauptstadt des Landes werden offen ausgeübt und in den Dörfern, die weit von der Stadt sind, inmitten des Gebirges der Karpathen, werden die Bauern in der Anwesenheit der gesamten Bevölkerung mit Ruten gezüchtigt.

Jeder, der nicht der Liberalen Partei angehört, kann zu jeder Stunde und zu jeder Minute der Vergewaltigung und der Folterung zum Opfer fallen. Der Fall des Abgeordneten **Halipan in Sorocca**, den die Gendarmen bis zur Bewußtlosigkeit mißhandelten, kann als ein bezeichnendes Bild der herrschenden Ordnung dienen. Wenn wir noch hinzufügen, daß die Bukowina zu den verhältnismäßig kulturellen Provinzen des alten Oesterreichs gehörte, und daß sich Rumänien auch jetzt noch mit seiner industriellen und kulturellen Entwicklung weit im Hintertreffen befindet, so wird uns das Bild der Leiden der ganzen Bevölkerung, nicht nur der ukrainischen, unter dem Stiefel der rumänischen Siguranza noch klarer. w

Das neue **Gesetz zum Schutze des Staates**, ein Gesetz, auf Grund dessen gegenwärtig **Hunderte von Verhafteten wegen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei Rumäniens vor Gericht** stehen, hat jegliche Oppositionsbewegung im Lande außer Gesetz gestellt.

China den Chinesen!

Erklärung der Sektion der Kuo Min Tang in Deutschland

China den Chinesen! Aber nur durch eine nationale Revolution werden wir dieses Ziel erreichen können. Nur durch die nationale Revolution wird die imperialistische Fremdherrschaft in China beseitigt werden können. Unsere nationale Revolution richtet sich gegen den ausländischen Imperialismus und gegen den eigenen Militarismus. Das heißt mit anderen Worten: Die chinesischen Militaristen sollen sich nicht mehr in den Dienst der internationalen Imperialisten stellen. Die Fremden sollen sofort ihren Raub an China zurückgeben. Die ungleichen Verträge sollen abgeschafft werden. Die Besatzung aus Peking, Tientsin und anderen Hafenstädten muß zurückgezogen werden. Die ausländische Kriegsflotte muß die chinesischen Flüsse und Meere verlassen. Alle Pachtgebiete müssen bedingungslos zurückgegeben werden. Der Schanghaier Befreiungskampf ist der Beginn dieser nationalen Revolution. Wir kämpfen für ein freies Menschentum! Wir kämpfen, um unser Sklavenjoch abzuschütteln, um als Bruder neben die anderen Völker treten zu können.

Die Berliner Presse bezeichnet den Kampf in Schanghai als eine fremdenfeindliche Bewegung, als Europafeindschaft Chinas usw. Einzelne Zeitungen berichten nur von einer japanfeindlichen Bewegung. — Das chinesische Volk kämpft nicht gegen die Fremden im allgemeinen, sondern **gegen seine Unterdrücker, ganz gleich ob Ausländer, ob Chinesen.** Treu der Parole unseres verstorbenen Führers Sun Yat Sen werden wir aber stets mit den Völkern zusammengehen, die uns als gleichberechtigt betrachten.

Das **deutsche Volk** steht heute ebenso wie China unter der Herrschaft von Fremden. Man braucht nur an den **Versailler Vertrag**, an das **Londoner Abkommen**, an die **Besetzung des Ruhrgebietes** und an die **Wiederherstellung der Militärkontrolle** zu denken. Unser großer Führer Sun Yat Sen antwortete Lloyd George, als dieser ihn zum Krieg gegen Deutschland aufhetzen wollte: „Wenn wir, wie Sie es wollen, in den Weltkrieg eintreten werden, dann brauchte China keine zehn Jahre um so eine Macht zu werden, wie Japan ja, im Verhältnis zur Größe des Landes und der Zahl seiner Einwohner würde China eine noch vielfach stärkere Macht werden. Dann könnte es die ganze Welt beherrschen. . . . Ich hoffe aber, daß China immer friedlich bleibt und ich will nicht, daß China in den Weltkrieg eintritt!"

Die Führung der eben beginnenden chinesischen nationalen Revolution liegt in den Händen der Partei Sun Yat Sens, der **Kuo Min Tang.**

Dem deutschen Volke wollen wir noch sagen: Den Nachrichten aus Neuyork, Paris und London kann man nicht ohne weiteres Glauben schenken, denn diese Länder vertreten ihre eigenen Interessen.

Nieder mit dem Imperialismus! Es lebe die chinesische nationale Revolution! Es lebe das von Sun Yat Sen geplante Bündnis der unterdrückten Völker!

Ein neuer Sieg Abd el Krims

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 8. Juni.

Abd el Krims Truppen sind im Vormarsch. Eine ungewöhnlich heftige Offensive hat begonnen. Einzelnen Streitkräften der Rifkabylen ist es gelungen, die französische Front zu durchbrechen und die feindlichen Truppen zurückzudrängen. Die französischen Stützpunkte Taunut und Bibane sind erobert worden. Die Truppen Abd el Krims kämpfen mit eiserner Disziplin und in größter Ordnung.

*

Paris, 8. Juni.

Die vereinigten Franzosen und Spanier befassen sich nunmehr laut dem Pariser „Journal" mit großen Gegenoperationen, die am 11. Juni beginnen sollen. Drei Tage lang sollen die Stellungen der Truppen Abd el Krims sowohl vom Lande wie vom Wasser her beschossen werden. Nach diesem dreitägigen Bombardement werden die Truppenlandungen vorgenommen. Der spanische Diktator General Primo de Rivera wird selbst die militärischen Operationen an Bord eines Kreuzers leiten.

Wie Ford den Kontinent erobert

Die Zollvorlage der Regierung sieht auch einen Zoll für Automobile vor, der 250 Mark für 1000 Kilogramm beträgt. Bei ihrem Kampf gegen diesen Zoll packen nun die Leute, die die Interessen der Automobilhändler vertreten, allerlei erbauliche Dinge aus, die besser wie jede theoretische Belehrung die Beherrschung des Staatsapparates durch die verschiedenen Strohmänner der Großkapitalisten zeigen.

Die Einfuhr ausländischer Automobile ist kontingentiert. Pro Marke und Monat ist nur die Einfuhr von 4 Wagen erlaubt. Nur die Ford-Company macht eine Ausnahme. Ihr ist vom Reichskommissar für Einfuhr und Ausfuhr die Einfuhr von 70 Wagen pro Monat gestattet worden.

Eine „merkwürdige" Angelegenheit?!

Die Sache erhält einen pikanten Beigeschmack durch die Nachricht, daß der Automobillieferant beim Reichskommissar, der Regierungsrat Dr. Ueberall, bis Ende Dezember 1924 die Kontingentierung regelte und jetzt, **seit Anfang Januar 1925 eine leitende Stellung bei der Ford-Motor-Company in Berlin einnimmt!**

Ein Arbeitermädel

Der Roman einer Illusion.
Von Otto Müller Glösa.

16

Wenn Herr Meisel junior das Atelier inoffiziell besuchte, so traf sich das immer, während seine Frau Mama sich zur Besorgung von Stoff, Futter und anderer Schneiderartikel in der Stadt befand und die beiden Fräuleins sich in die „Direktion" über das Atelier teilten. In solchen Fällen riß er, allem Anschein nach in großer Eile, die Tür auf und rief hastig und nervös: „Fräulein Erna, bitte kommen Sie und wischen Sie mir mal das Bücherregal ab, ich bin gerade beim Umräumen." Während die Verlangte ihre Arbeit weglegte und das ältere Lehrfräulein ihr vielsagend zulächelte, wandte sich der Doktor an die beiden Direktricen, die es ihm nicht verzeihen konnten, daß er sich in diesem Falle nicht an eine von ihnen, sondern an die „jungen Dinger" wandte, und um diesen den Mund zu stopfen, sagte er ihnen in freundlichstem Tone: „Meine Damen, Sie gestatten doch, Fräulein Erna hat nur ein paar Minuten für mich zu tun", dabei verneigte er sich so liebenswürdig, als sei er bereit, ihnen vor die Füße zu fallen. Einige Male hatten es die Direktricen versucht, ihm ein anderes Fräulein und nicht die Verlangte zur Verfügung zu stellen. „Fräulein Erna hat gerade eine sehr dringende Arbeit in den Händen, kann es nicht Fräulein Martha auch besorgen", hatten sie ihn höhnisch gefragt. Doch diesen Streich hatte er kurz und energisch mit der Bemerkung abgelegnt, daß es Erna tun solle, „weil sie schon mit seinem Bücherregal vertraut sei". Beim Hinausgehen hatte der Doktor ärgerlich gesagt: „Ihr alten Schachteln, Euch wäre es wohl lieber, wenn es Euch einmal besorgt würde, aber der Hund soll Euch eins . . ." Erfreulicherweise hatte er diese unsittliche Bemerkung nicht so laut getan, daß sie gehört werden konnte.

*

Rosa, die hier drei Jahre ohne jede Bezahlung tätig sein sollte, um die Schneiderei zu erlernen, sah bald ein, daß ihr das nicht leicht fallen werde. Es bedrückte sie noch besonders, daß Fräulein Meisel, die bei den ersten Besuchen und den Verhandlungen mit Rosas Eltern auch ihr gegenüber äußerst liebenswürdig gewesen war, Rosa nunmehr mit einer kühlen Sachlichkeit behandelte. Die Fräuleins aber, die in jedem Lehrmädchen mehr oder weniger ein „junges Ding" sahen, mochten Rosa schon deshalb nicht leiden, weil sie „zu hübsch und darum wohl auch eingebildet sei". Fräulein Erna, das älteste Lehrmädchen, hielt sich bereits für eine „Dame" und war zuviel mit der Würdigung und Pflege ihrer persönlichen Schönheit beschäftigt, so daß sie ihrerseits ebenfalls keinerlei Bedürfnis nach der Freundschaft Rosas empfand. So blieb nur noch Fräulein Martha, das zweite Lehrmädchen, das zwar im Atelier verrufen war, weil sie einen störrischen Charakter und einen „roten Vater" habe. Martha besaß nämlich so etwas wie ein Klassenbewußtsein und machte leichte Versuche, sich gelegentlich gegen die unwürdigen Arbeitsbedingungen aufzulehnen; einmal hatte sie sogar „passive Resistenz" geübt, um zu bekunden, daß sie sich nicht alles gefallen lasse. Martha war bereit, Freundschaft mit Rosa zu halten und eine heimliche Verbündete in ihr zu sehen. Durch sie wurde Rosa darauf aufmerksam gemacht, was sie ohnehin bald gemerkt haben würde, daß es hier nicht darauf ankam, den Lehrmädchen Gelegenheit zu geben, möglichst schnell etwas zu lernen, sondern daß sie in erster Linie dazu benutzt wurden, den Betrieb rentabel zu gestalten. Sie mußten fortgesetzt Zuarbeit leisten, so daß „die Fräuleins" nur die schwierigen Arbeiten zu machen brauchten und viel fertigbrachten. Noch im ganzen zweiten Lehrjahre bekamen sie gewisse Arbeiten nicht in die Hände, die sie schon am Ende des ersten Lehrjahres hätten erlernen können. Fräulein Meisel tat das nicht ohne Hintergedanken. Sie dachte, wenn die Mädchen gleich zu firm werden, können sie sich Sonntags und abends zu leicht auf eigene Hand noch etwas erarbeiten, für sich und ihre Familie zum Beispiel. Es wurde aber auch Rosa bald wie allen Lehrmädchen offenbar, daß es gar nicht einer dreijährigen Lehrzeit bedurft hätte, um das zu lernen, was hier zu lernen war, und daß es sich tatsächlich nur darum handelte, billige Arbeitskräfte zu haben. Aus diesem Grunde wurde die Lehrzeit in die Länge gezogen. Hier in diesem besonderen Falle, bestand kein Zweifel, daß sechs Personen täglich elf und mehr Stunden schuften mußten, um das Geld zu verdienen, das der „Herr Doktor" auf seine ihm eigene Weise durchzubringen wußte. Kein Wunder also, daß Martha diesen „Fatzken" verächtlich als einen Parasiten bezeichnete, wenn es auch nicht eine Bezeichnung war, die sie selbst gefunden, sondern die sie dem Wortschatz ihres Vaters entnommen hatte.

Es wurde Rosa in der Tat nicht leicht, hier ihre „Pflicht" zu tun. Da sollte sie nun Stunde um Stunde, Tag um Tag, Woche um Woche und Monat um Monat sitzen und sticheln und sticheln. War ein Stück Arbeit erledigt, so kam ein anderes an die Reihe, und hatte sie zur Fertigstellung eines Kleidungsstückes mit beigetragen und war das fertig, so trug man es fort und es verschwand im großen Schlunde der Vergessenheit. Mochte es im Leben der Trägerin noch eine gewisse Rolle spielen, die Schneiderin wußte nichts davon und konnte sich nicht darum kümmern, denn schon war sie wieder über ein neues Stück gebückt und nähte und nähte. Und doch forderte jedes Stück neue Mühe und fraß wieder ein Stück Lebenszeit. Täglich wurde die Arbeit zur drückenden Last, deren sich der Arbeitende nicht zu erwehren wußte, weil er durch bestimmte soziale Verhältnisse, in die er nun einmal hineingeboren war, sich gezwungen sah, gerade auf diese Weise sich zu ernähren. Und was wollte es besagen, wenn man sich irgendwie den Vorwurf machte, daß es auch hätte anders sein können, weil man vielleicht irgendwann einmal Gelegenheit gehabt hätte, eine bessere Existenz zu finden. Man hatte glauben wollen, ganz frei in der Entschließung zu sein, und war es letzten Endes nicht, denn daß diese oder jene Kleinigkeit dabei nicht geklappt hatte", das war eben das sozial Bedingte, dem man zuletzt unterlag. Irgend etwas hatte sich immer als stärker erwiesen als der eigene Wille.

Nun aber brachte jeder Tag ein paar endlos lange Stunden, die zu einer peinigenden Qual wurden. Dann floß die Zeit wie ein dünner, heißer Schleim über das Bewußtsein, der alle Gedanken träge und flügellahm machte. Wollte man sich dann die Zeit durch das Wachrufen von Erinnerungen vertreiben, so waren die Gedanken wie ein ganz minderwertiges Garn auf der Spule, das jeden Augenblick und dessen Ende immer wieder gesucht werden mußte. War es dann mit Mühe wieder verknüpft worden, so riß es gleich daneben wieder, als solle die angewendete Mühe verhöhnt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Arbeiterentlassungen in Oberschlesien

Die Unternehmer der oberschlesischen Industrie schreiten weiter zu Betriebseinschränkungen. So sind im Mai auf der Deltzmann-Schächten bereits 111 Arbeiter entlassen worden. Die Gruben der Donnersmarckhütte A.-G. haben rund 450 Arbeiter entlassen und werden demnächst noch weitere 250 Arbeiter und etwa 30 Angestellte entlassen. Bei der Oberschlesischen Eisen-Industrie A.-G. ist die Belegschaft im Mai um 450 Köpfe verringert worden.

Die Unternehmer geben als Grund ihrer provokatorischen Maßnahmen an, daß sie infolge der Absatzschwierigkeiten und der letzten Lohnerhöhung (!) gezwungen seien, die Betriebe einzuschränken. Das heißt auf gut deutsch, daß die Proleten sich willig immer mehr versklaven lassen sollen, um arbeiten zu können.

Die Arbeiter müssen ihre Gewerkschaften zwingen, der Provokationsabsicht der Unternehmer einen Damm entgegenzusetzen, in dem die Gewerkschaftsleitungen die Massen in den Kampf führen um Einreihung aller Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit resp. der Siebenstunden Schicht unter Tage.

Hirschberg. Wie die „Volkszeitung für das Riesengebirge" ihre Leser belügt. Die Hirschberger Kommunistische Partei ist wieder einmal tot. „Von Wahl zu Wahl gingen fast jedesmal die Stimmen der KPD. um 100 Prozent zurück", bis zur letzten Wahl, wo sie wieder um 100 Prozent stiegen! Wenn die Redaktion der SPD.-Zeitung daran die Behauptung knüpft, daß diese 100 Prozent der gewonnenen Stimmen zum Teil von sozialdemokratischen Wählern stammen, so haben wir Kommunisten nichts dagegen. Dies aber als Pleite zu bezeichnen, bringt eben nur ein verärgertes SPD.-Blatt auf. Ja, liebe Tante, du hattest uns tot geglaubt, und mußtest feststellen, daß wir leben. Denn 100 Prozent Stimmenzuwachs kann man schlecht verschweigen. Deshalb der Aerger. Diejenigen sozialdemokratischen Arbeiter, die es nicht fertig brachten, mit eurem Zentrumsfreunde zusammenzugehen, besaßen wenigstens noch proletarisches Ehrgefühl, was ihr ja längst verloren habt, sonst könnt ihr nicht behaupten, die KPD. hätte Hindenburg zum Siege verholfen.

Nun, dieses Märchen wird euch wenig Nutzen bringen, denn diejenigen sozialdemokratischen Arbeiter, die für Thälmann stimmten, werden ebensowenig wie ihre kommunistischen Genossen darauf hineinfallen, weil sie ja wissen, daß nur die verräterische Politik der SPD., wie sie jahrelang betrieben wird, Hindenburg zum Siege verholfen hat.

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben eben gemerkt, daß, wenn man statt den rücksichtslosen Kampf gegen die Reaktion zu führen das Kompromiß als kleines Uebel wählt, letzten Endes aus diesen vielen kleinen Uebeln das große Uebel der Monarchie werden mußte.

Aber, liebe Tante, warum schimpfst du denn so, daß die Kommunisten immer gegen deine Freunde stimmen? Na, wir verstehen ja deinen Aerger, es ließe sich mit Hilfe der Kommunisten manch schöner Posten ergattern, gelt, aber dadurch, daß wir die Bündnispolitik des Zentrums und der demokratischen Industriellen nicht mitmachen — wird nu nischte draus.

Aber über Arbeiterverrat solltest du doch lieber schweigen. Jeder Arbeiter weiß doch, daß du und deine Freunde noch nichts anderes fertig gebracht habt, als die breiten Massen der Arbeiter für die Politik der Demokraten und des Zentrums zu ködern.

Was nun das Fehlen der zwei Stadtverordneten in der letzten Sitzung anbelangt, so kannst du versichert sein, daß die kommunistischen Wähler sich für dein Bedauern bedanken und daß es letzten Endes eure Wähler sind, die zu bedauern wären, weil ihr sie vor den Karren der bürgerlichen Politik spannt. Zu bedauern sind die sozialdemokratischen Leser Eurer Zeitung, denen ihr auf ein zugetragenes Gerücht weismachen wollt, die KPD. sei im Hirschberger Tale tot. Nun, wir können euch schon mitteilen, daß ihr einen sehr schlechten Gewährsmann habt, und deshalb auch sehr schlecht unterrichtet seid. Wie denkt ihr denn, wenn wir auf herumlaufende Gerüchte so demagogisch reagieren wollten. Ihr habt alle Ursache, euer Lügenmaul zu halten oder wollt ihr mit diesem Totschreien der KPD. die Augen der Hirschberger Arbeiter von euren eigenen Schandtaten ablenken? Ihr wißt doch ganz gut, wie es mit einigen prominenten Führern der sozialdemokratischen Bewegung in Hirschberg steht. Ihr wißt doch, daß große Teile der Arbeiter sie lieber am Galgen hängen sehen würden, als auf dem Posten wo sie heut noch stehen. Nun, liebe Tante, sollte es dem ehemaligen Mitglied der KPD., Herrn Koch oder einigen anderen einfallen, zu euch zu kommen, so sind wir damit ganz einverstanden. Wenn du aber glaubst, daß die KPD. im Hirschberger Tale tot ist und ihre Anhänger zu euch kommen werden, so bist du eben sehr schlecht unterrichtet. Wir überlassen es den Arbeitern zu beurteilen, ob die KPD. lebt oder nicht, dein „Anschein" ist uns vollständig schnuppe. Aber es wird eines Tages das Gegenteil eintreten. Die Anhänger der sozialdemokratischen Bewegung erkennen heut schon in vielen Teilen Deutschlands (siehe das Abstimmungsergebnis der Breslauer sozialdemokratischen Mitgliederversammlung, wo nur 95 für Marx und 99 gegen ihn waren), daß es mit der Politik der SPD. Essig ist und daß Schluß gemacht werden muß mit dem elenden Kompromisseln mit den Bürgerlichen. Es liegt die Zeit nicht fern, wo die breiten Mitgliedermassen der SPD., so wie nach dem Verrat 1914/18 die Reihen der SPD. verlassen werden, um mit den kommunistischen Genossen eine einige rote Kampffront herzustellen. Auch die ehrlichen Arbeiter der Hirschberger Sozialdemokraten werden eines Tages mit ihren kommunistischen Genossen Seite an Seite kämpfen, um all das gut zu machen, was ihre Führer in den Jahren nach 1919 versäumt haben. Dies zu erreichen, ist unser Ziel, ob ihr uns tot sagt oder nicht, wir werden leben, wenn ihr längst gestorben seid.

Ein neuer russischer Film

Die Moskauer Filmgesellschaft „Meschrabpom Ruß" dreht augenblicklich einen historischen Großfilm „Stenka Rasin", in dessen Mittelpunkt der bekannte russische Volksheld steht. Die Aufnahmen finden an Ort und Stelle der historischen Handlung an der Wolga statt. Die Regie liegt in den Händen des bekannten Regisseurs J. A. Protasanoff, der auch vor einigen Jahren bei der Ufa in Berlin tätig war. (Der Weltvertrieb für diesen Film ist der Aufbau-Industrie- und Handels-A.-G. übertragen worden, deren Verkäufe in den einzelnen Ländern durch die russischen Handelsvertretungen realisiert werden.)

Arbeiterliteratur

„Jugend-Internationale" Nr. 8-9, 6. Jahrgang

Aus dem Inhalt. Sinowjew: „Ueber die Aufgaben der KJ. und der KPR. in Verbindung mit der Erw. EK. der KJ." Petrowski: „Ergebnisse der Erw. Exekutive der KJJ." — R. Schüller: „England von heute." — Robert: „Die Bauernjugendbewegung auf dem Balkan." — N. Fokin: „Die Lage der chinesischen Jugend." „Aus der Jugendinternationale." „Aus der Praxis." „Material für den aktiven Verbandsarbeiter." — Beilage: Bericht von der fünften Sitzung der Erw. Exekutive der KJJ. — Preis der Einzelnummer 0,25 M. Zu beziehen durch alle Literaturobleute oder durch die Buchhandlung Breslau, Trebnitzer Straße 50.

„Das Proletarische Kind" Nr. 5, 5. Jahrgang

Aus dem Inhalt: „Die Frage der kommunistischen Kinderbewegung auf der Erw. Exekutive der KJJ." „Erobert das Dorf." „Arbeiterkinderkorrespondenten." „Zur Diskussion." „Aus Sowjetrußland." „Aus der Internationale." „Bücherschau." — Preis 0,15 M. Verlag der Jugendinternationale (Egon Grünberg u. Co.), Wien 7, Burggasse 24. Zu beziehen durch alle Literaturobleute oder durch die Buchhandlung Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Achtung! Bezirk Ost!

Alle Straßen- und Betriebszellenkassierer müssen unbedingt bis Dienstag, den 9. Juni, beim Hauptkassierer restlos abgerechnet haben, da am 10. d. Mts. mit der Bezirksleitung abgerechnet sein muß.

Bezirk West. Zusammenkunft sämtlicher Kassierer Montag abend 7 Uhr zwecks Abrechnung. Der Rest der Marken sowie Kassiererkarten sind vollständig mitzubringen.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau.
Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Liebich-Theater
Monat Juni 1925
Täglich 8 Uhr Täglich 8 Uhr
Gastspiel
Hartstein
und Gesellschaft
Der unverwüstliche Soldatenschwank
Der Stolz der 3. Kompagnie
Bisher über 2000 mal aufgeführt!
Ferner:
Dunio und Gegna
Die Straßenmusikanten
Herrmann Meßtrum
Humorist
Hickey's Circus
Urkomischer Dressurakt
Tanzgastspiel Rianowa u. Warentzow
und Zeala Sera
Witaly Orlowe
Spanische Exzentriks
„Die goldene Spinne"
Jaleski und Partnerin
Mensch oder Illusion?
Die verblüffende Neuheit
Ermäßigte Sommerpreise.

Versammlungskalender.
[illegible]
Kommunistische Jugend
[illegible]
Andere Organisationen
[illegible]
RFB. [illegible]
IAH. [illegible]

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Heute 8 Uhr
und täglich:
„Anneliese von Dessau".

PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft
Berlin
Filiale Breslau
Trebnitzer Str. 50
Abteilung Buchdruckerei
Wir liefern bei billigster Berechnung
Programme
Eintrittskarten
Briefbogen
Plakate
Rechnungen
Flugblätter
sowie alle Drucksachen für Private, Vereine und Geschäften

Weinbrand-Verschnitt 38/40 % Liter 3.00
" " beste Qualität " 3.50
Jamaika-Rum-Verschnitt . . Liter 3.10
" " " " 3.60
" " beste Qualit. " 4.00
Carl Lorenz, Blücherstraße 21
Kolonialwaren und Destillation.

Bettfedern
und Daunen (böhmische Landware)
pa. Inletts, Bettwäsche,
Damenwäsche, Hauswäsche
empfiehlt zu billigsten Preisen
E. Liebich
Bettfedern- und Wäsche-Spezialh.
Neue Taschenstr. 1a, 1. Etg.
(Kein Laden).

Zickelfelle
sowie alle anderen Arten Häute und Felle, Hasen u. Rotwild usw. kaufen zu allerhöchsten Tagespreisen
H. Freudenberger
Häute und Felle
Breslau I, Kupferschmiedestr. 54
Eing. Lange Holzgasse Tel. Ohle 9146

Hamburger eisenfeste
Arbeits- und Berufsbekleidung
Samtmanchester-, Pilot- und Manchesterhosen mit Zug und Schnitt für Maurer und Zimmerleute, Schürzen, Joppen, Westen, Bäckerjacken
Roßplatz 28.

Penzig
Zigarren,
Zigaretten,
Tabak
gut u. billig bei
Harry Exner

Freunde des Arbeitersports!
Arbeiter! Angestellte! Gewerkschaftler!
Eure Sport-Woche
beginnt am
13. Juni 1925, abends 7 Uhr, Holteihöhe: „Die Oder in Flammen"
14. Juni 1925, vorm. 9 Uhr, Schlachthof: „Quer durch Breslau"
14. Juni 1925, nachm. 4 Uhr, Eichenpark: „Der Sport des Volkes"
An allen Wochentagen vom 13. bis 20. Juni, abends
sportliche Darbietungen
Alles Nähere durch die Arbeiterpresse und die Programme
Arbeitende Breslaus! Unterstützt alle Veranstaltungen der Arbeitersportler, Eure und Eurer Kinder Freunde, die Euch für weniges Geld Gelegenheit zum Turnen, Schwimmen, Wandern und zu allen anderen sportlichen Betätigungen mit Gleichgesinnten geben, und sich jederzeit in den Dienst der Arbeiterklasse stellen!
Arbeiter-Kartell für Sport und Körperpflege Breslau

Achtung! Achtung!
Freitag, den 12. Juni 1925, abends 8 Uhr
im „Zentral-Hallsaal", Westendstraße
Große Kundgebung
für die „Internationale Rote Hilfe"
Mitwirkende:
„Gesangschor Eos" = „Sprechchor der KJ. Breslau"
„Artur Dombrowski"
Gesänge = Sprechchor = Rezitationen
Beginn 8 Uhr Ansprache Erich Mühsam, Berlin Eintritt 30 Pf.
Rote Hilfe, Bezirk Schlesien

Der Gewerkschaftskongreß in Breslau und der Achtstundentag

Die Tagung des Bundesausschusses des ADGB. am 19. Mai hat die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung des diesjährigen Gewerkschaftskongresses einstimmig angenommen. Das heißt, er ist mit der Absicht des Bundesvorstandes vollkommen einverstanden, an den wichtigsten Fragen der Arbeiterbewegung ohne Stellungnahme vorüberzugehen.

Wir haben sie bereits vor einigen Tagen kritisch behandelt. Ausgerechnet die Fragen, die auch der ADGB. dauernd in seiner Arbeit aufgerollt hat, vermeidet die Tagesordnung, auch auf dem Kongreß zu stellen. Der „Vorwärts" vom 21. Mai versucht mit einigen schnoddrigen Bemerkungen über diese Tatsache hinwegzukommen.

Wir haben gezeigt, welche Fragen vor allem auf die Tagesordnung gehören. Wir wollen uns hier beschränken auf den Achtstundentag und den Kampf um seine Wiedereroberung.

Warum gehört sie auf die Tagesordnung der Kongresse und warum drückt sich der Bundesvorstand davor? Ist das nicht eine Frage, die tagtäglich in allen Betrieben, in jeder Gewerkschaft, bei jedem neuen Tarifabschluß auf der Tagesordnung steht? Jede Bundesausschußsitzung hat sich mit ihr beschäftigt, und große Aktionen, Volksentscheid, parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf angekündigt. Aber auf die Tagesordnung des Breslauer Kongresses gehört sie nicht. Die Reformisten werden den Arbeitern in den Gewerkschaften wahrscheinlich erklären, der Achtstundentag sei eine Frage der Sozialgesetzgebung, und dafür habe der Bundesvorstand ja keinen besonderen Tagesordnungspunkt vorgesehen. Selbstverständlich müssen die Gewerkschaften um gesetzliche Sicherung kämpfen. Aber gibt sich der ADGB. etwa der Illusion hin, daß die Lutherregierung den Achtstundentag sichern wird? Sie wird nicht der Arbeiterschaft die achtstündige Arbeitszeit sichern, sondern die Unternehmer vor dem Achtstundentag.

Den Achtstundentag werden die Proleten niemals durch eine gesetzgeberische Maßnahme wieder erhalten, wenn sie ihn nicht durch den Kampf in den Betrieben tatsächlich erkämpfen. Das muß übrigens auch die Holzarbeiterzeitung zugeben, die gewiß nicht im Geruch kommunistischer Agitation steht. In einem Aufsatz über das Washingtoner Abkommen schreibt die H.-Z. in Nr. 20:

„Der größte Nachdruck muß auf die Selbsthilfe gelegt werden. Wir müssen mittels unserer Gewerkschaften auf das Nachdrücklichste für die Durchführung des Achtstundentages in der Praxis kämpfen. Hier scheinen die Aussichten für einen Erfolg weit günstiger als für eine gesetzgeberische Aktion. Es ist eine alte Erfahrung, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik die Gesetzgebung den tatsächlichen Verhältnissen in der Regel nachhinkt. Wir müssen damit rechnen, daß dies auch beim Achtstundentag der Fall sein wird. Der Druck auf die Regierung und die gesetzgeberischen Körperschaften zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens darf nicht nachlassen, aber unabhängig davon muß der gewerkschaftliche Kampf für die Durchführung des Achtstundentages geführt werden, dieses Ziel mit größtem Nachdruck verfolgt werden, und wir werden es erreichen."

Die Holzarbeiterzeitung sagt also selbst, daß der Achtstundentag vor allem eine Frage des gewerkschaftlichen Kampfes und erst in zweiter Linie eine Frage der Sozialgesetzgebung ist, die sich erst aus dem Erfolg des ersteren ergibt. Also was muß dann die Folge sein? Der Kampf um den Achtstundentag gehört als das heut wichtigste Problem der deutschen Gewerkschaftsbewegung, das von größtem Einfluß auf die Internationale ist, als besonderer Tagesordnungspunkt auf den Arbeitsplan des Gewerkschaftskongresses.

Aber das würde der ganzen Politik des ADGB. widersprechen. Er hat bisher die Frage des Achtstundentages nur als parlamentarische Frage gestellt, nicht als eine solche der gewerkschaftlichen Aktion. Eine parlamentarische Behandlung macht keine Unkosten, eine gewerkschaftliche aber verpflichtet zum Kampf, der in die arbeitsgemeinschaftliche Politik der Reformisten nicht hineinpaßt.

Die Sorgen, die der ADGB. dabei hat, sind die: aus dem Kampf um den Achtstundentag entstehen der deutschen Bourgeoisie Schwierigkeiten in ihrer Erfüllungspolitik, die dann nicht so ohne weiteres auf Kosten der Werktätigen durchgeführt werden kann. Diese Schwierigkeiten zu vermeiden, fühlt sich der ADGB. als Mitverantwortlicher dieser Politik für verpflichtet. Darum schiebt er die Frage des Achtstundentages ganz auf das parlamentarische Gebiet, denn dort ist die Bourgeoisie unter allen Umständen im Vorteil und die Reformisten können dabei noch Opposition markieren. Wie sehr der ADGB. eine breite ernsthafte Aufrollung dieser Frage vor den Massen fürchtet, zeigt, daß er nicht einmal den Volksentscheid durchzuführen wagt, mit dem er dauernd in der Luft herumfuchtelt. Deshalb stellt der Bundesvorstand den Achtstundentag nicht besonders auf die Tagesordnung, sondern wird sich im günstigsten Falle unter den Fragen der Sozialgesetzgebung vergraben, wo er nicht das Unheil anrichten kann, der Massenmobilisierung zum Kampf gegen die Bourgeoisie zu dienen.

So wie mit dem Achtstundentag steht es mit anderen Fragen aus der Alltäglichkeit der gewerkschaftlichen Praxis dem Schlichtungswesen usw. All das sind Fragen der Praxis an welchen der Kongreß nach dem Willen der Tarnow und Leipart vorübergehen soll. Sie auf die Tagesordnung des Kongresses stellen, heißt, sie zur Diskussion in den Massen stellen, die dabei sehr leicht aus der Diskussion zur Aktion drängen können. Das soll verhindert werden. Aber sollten es dieselben doch wagen, diese Frage zu diskutieren, und auf dem Kongreß ihre Behandlung fordern, dann hält die Gewerkschaftsbürokratie ein Mittel bereit, sie zu „erledigen", und dieses wertvolle Geständnis entschlüpft dem „Vorwärts" in seiner Antwort auf unsere Kritik am 21. Mai:

„Die Moskauer sind noch lange nicht radikal genug. Somit müßten sie fordern, daß der Uebergang zur Tagesordnung auf dem Kongreß unstatthaft ist. Was nützen die schönen Resolutionen und Parolen, solange sie dem Uebergang zur Tagesordnung ausgesetzt sind."

Wenn also die Gewerkschaftsmitglieder vom Kongreß fordern, daß er diese Fragen behandelt und den Weg zu ihrer Lösung betritt, die in der täglichen Gewerkschaftsarbeit dauernd vor ihnen stehen, dann werden sie die Sozialdemokraten mit Uebergang zur Tagesordnung „erledigen". Mit Uebergang zur Tagesordnung, die zwar nicht die Massen interessiert, wie z. B. der Punkt „Wirtschaftsdemokratie", die aber die helle Begeisterung der arbeitsgemeinschaftlichen Führer erweckt.

Um so eindringlicher werden die Kommunisten die dringenden Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes auf allen Gewerkschaftsversammlungen, in allen Betrieben zu stellen haben, um den Arbeitern die Absicht der Bürokratie zu zeigen, und durch die Diskussion gerade der Fragen, denen die Reformisten ausweichen wollen, erzwingen, daß sie auf der Tagesordnung des Kongresses, gleichgiltig ob offiziell oder inoffiziell stehen.

Niederländische Transportarbeiter für das englisch-russische Einheitskomitee

Und die deutschen Gewerkschaften?

Der Kongreß der Niederländischen Transportarbeiterfederation hat am 24. Mai mit allen Stimmen folgende Resolution angenommen:

Der Kongreß der Niederländischen Transportarbeiterfederation erklärt sich einverstanden mit der Propaganda für die Einheit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung, die notwendig ist in dem schweren Kampf der Arbeiterklasse gegen die internationale Reaktion.

Er spricht seine große Zufriedenheit aus mit dem Zustandekommen des englisch-russischen Einheitskomitees und mit der Propaganda, die durch dieses Komitee in allen Ländern für den Einheitsgedanken gemacht wird.

Er bezeugt seine Sympathie mit der Absicht, einen internationalen Kongreß der Gewerkschaften der ganzen Welt aus allen Richtungen, der die internationale Einheit bringen soll, zusammenzuberufen.

Der Kongreß erklärt sich bereit, in Holland die Arbeit des englisch-russischen Komitees zu unterstützen und gibt dem Vorstand der Niederländischen Transportarbeiterföderation den Auftrag, bei dem Nationalen Arbeitersekretariat (NAS.) dafür zu bringen, die Verbindung mit dem Englisch-Russischen Komitee zustande zu bringen."

Das Nationale Arbeitssekretariat hat sich inzwischen mit der Resolution befaßt, sich mit dem Inhalt desselben einverstanden erklärt, und beschlossen, die Verbindung mit dem Englisch-Russischen Komitee aufzunehmen.

Der ADGB. aber läßt durch den „Vorwärts" bekunden:

„Der Anschluß der russischen Gewerkschaften an den Internationalen Gewerkschaftsbund bzw. die Vereinigung der Moskauer mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist eine Angelegenheit, die nicht auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß entschieden werden kann."

Abgesehen davon, daß der ADGB. bei dem „Anschluß der russischen Gewerkschaften" bleibt, anstatt die Verschmelzung der beiden Internationalen zu fördern, verschiebt der ADGB. die Frage, daß er sich, wie die Gewerkschaften in anderen Ländern, für diese Verschmelzung mit einsetzen müßte, auf die von niemand gestellte Frage, daß in Breslau die internationale Gewerkschaftseinheit vollzogen werden sollte.

Die Gewerkschaftsmitglieder, die ein lebhaftes Interesse an der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit haben, werden auf diese plumpe Demagogie **nicht hereinfallen**, sondern um so eifriger in ihren Verbänden für die Gewerkschaftseinheit und die notwendige Kursschwenkung der deutschen Gewerkschaften kämpfen.

Zusammenschluß der englischen Gewerkschaften

Auf Anregung des Generalsekretärs des englischen Bergarbeiterverbandes fand eine Konferenz der Vertreter der größten Gewerkschaften statt, die 2½ Millionen organisierter Arbeiter vertreten. Die Absicht des Einberufers bestand darin, zur gemeinsamen Führung von Lohnkämpfen eine Allianz zustandezubringen. Der Plan wurde von Thomas, dem Führer des Eisenbahnverbandes heftig bekämpft. Es wurde die Ernennung eines Ausschusses beschlossen, der den Vorschlag des Bergarbeiterverbandes prüfen soll.

Genossen, beteiligt euch an der Genossenschaftsbewegung!

Aus der Jugendbewegung

Die Reichskonferenz der Kommunistischen Jugend Deutschlands für die Taktik des Zentralausschusses!

Am 23. und 24. Mai tagte in Magdeburg die Reichskonferenz der KJD. Die Tagung stand in erster Linie unter dem Eindruck der Diskussion über die **taktischen Fragen der Partei**, die sich an das ausführliche Referat der Genossin Ruth Fischer anschloß. Um es vorweg zu nehmen, obwohl wir gerade im Jugendverband anfänglich eine ziemlich starke Opposition in verschiedenen Bezirken gegen die vom Zentralausschuß vorgeschlagene Taktik der Partei hatten, hatte sich die Reichskonferenz mit 39 Stimmen gegen 5 Stimmen für die politische Resolution des Zentral-Ausschusses erklärt und eine besondere Resolution dem auch feststellt, daß sie in der vorgeschlagenen Taktik das geeignetste Mittel dafür sieht, um in der gegenwärtigen Situation den Einfluß der SPD. zu brechen, die Demagogie des schwarz-rot-goldenen Blocks zu zerschlagen und die Massen unter der alleinigen Führung der Kommunistischen Partei zusammenzuschließen. Die Konferenz wurde eröffnet mit zwei kurzen informativen Referaten über die Ergebnisse der Tagung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale sowie über die Erfahrungen, die der Jugendverband bei der Reorganisation auf der Grundlage der Betriebszellen gemacht hat.

Der Nachmittag und Abend des ersten Tages wurden ausgefüllt durch das **politische Referat der Genossin Ruth Fischer** und die anschließende, äußerst lebhafte Diskussion. In dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat ging die Referentin von der Frage der Perspektive aus, um die beiden Hauptgefahren in einer Situation wie der heutigen aufzuzeigen, die einerseits in einer gefährlichen Liquidatorenstimmung zum Ausdruck kommt, andererseits zu einer unnüchternen Betrachtung der politischen Situation führen kann. Uebergehend zur Lage in anderen Ländern zeigte sie klar die ganze Unsicherheit der zeitweisen Stabilisierung in den verschiedenen Ländern auf und ging besonders auf die weltpolitische Bedeutung des Kampfes für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ein. Die Stellung der deutschen Bourgeoisie in diesem System des Weltimperialismus ist bisher meist nur ungenügend analysiert worden. Die deutsche Bourgeoisie versucht im Schwanz des englischen Imperialismus eine Politik gegen Frankreich zu treiben. Wir dürfen nicht vergessen, wie stark Deutschland bei diesen außenpolitischen Verwicklungen Objekt bleibt. Die Frage der monarchistischen Tendenz wurde genau analysiert. Der Volksblock ist für uns das realste Hindernis, das uns von den Massen trennt und sie vom wirklichen Kampf abhält. Die Frage der Taktik in der Präsidentenwahl und in Preußen, insbesondere die Taktik einer eventuellen Unterstützung ohne das vorherige Stellen von Bedingungen wurde in ihrer grundsätzlichen Gegensätzlichkeit zur Bündnispolitik, wie sie die Brandlerzentrale mit der SPD. betrieben hat, klar herausgearbeitet. Wir müssen eine viel lebhaftere Agitation für Sowjetrußland und gerade im Zusammenhang damit für die **Internationale Einheit der Gewerkschaften** treiben. Die Frage einer leninistischen Durchschulung der Funktionäre und Mitglieder ist gerade für die Jugend ganz besonders wichtig. Die **Bolschewisierung** darf keine Agitationsparole bleiben, sie muß den Mitgliedern eine wirkliche Klarheit über das Wesen bolschewistischer Taktik und über die richtige Analyse der Situation geben.

Am Schluß des Referats wurden die Konsequenzlosigkeit und die zahlreichen Widersprüche in der Haltung der oppositionellen Genossen, vor allem der völlige Mangel jedes praktischen Gegenvorschlages für das, was die Partei heute tun muß, klar herausgeschält.

Die anschließende Debatte brachte so ziemlich alle Argumente, wie sie schon in den einzelnen Bezirken aufgetaucht waren, zum Vorschein. Ein Chemnitzer Genosse sah in dieser Taktik die Gefahr, daß wir Kommunisten zum Anhängsel der SPD. werden. Ein Hamburger Delegierter versuchte einen Widerspruch zwischen dem Offenen Brief der Partei an die Spitzen der SPD. und des ADGB. und der gleichzeitigen Propaganda gegen die SPD. als Verräterpartei festzustellen. Ein Delegierter aus Württemberg glaubte in der vorgeschlagenen Taktik eine Unterstützung der Rechten in der Partei zu sehen. Alle übrigen Redner sprachen sich im Sinne des Zentralausschusses für die Taktik aus.

Im Schlußwort wies die Genossin Ruth nach einer nochmaligen Klärung der wichtigsten Punkte des Brandlerismus im Gegensatz zu der heutigen Politik der Partei die einzelnen Argumente der opponierenden Genossen zurück, die im Grunde genommen alle auf eine andere, wenn auch nicht ausgesprochene Einschätzung der Lage hinausliefen. Gerade für die sächsischen Bezirke wäre die von der Exekutive vorgeschlagene Taktik in der Präsidentenwahl ein glänzendes Mittel zur Zerlegung der sich in heftigster Krise befindenden sächsischen SPD. gewesen. (Stürmischer Beifall.)

Auch der anwesende Vertreter der Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale erklärte die völlige Einstimmigkeit der Exekutive mit der von der Zentrale vorgeschlagenen Resolution. Jeder Kampf gegen diese Taktik ist nicht nur ein Kampf gegen die Zentrale und gegen die deutsche Partei, sondern gegen die gesamte Internationale.

Nach dem Schlußwort erfolgte die Abstimmung über die politische Resolution, die, wie bereits oben erwähnt, die Annahme mit überwältigender Mehrheit ergab.

Der zweite Tag der Reichskonferenz brachte das Referat des politischen Sekretärs über die Lage des Jugendverbandes und seine Aufgaben. Wir haben keinerlei Grund zum Pessimismus über die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Organisation in der nächsten Zeit. Wir müssen entsprechend der heutigen Situation neue Arbeitsmethoden finden und wir haben dies durch die Arbeit unserer Betriebszellen bereits erreicht. Besondere Aufmerksamkeit müssen wir den Vorgängen im Lager der Gegner widmen, bei denen sich besonders in den letzten Wochen, z. B. bei den Jungsozialisten, aber auch in der Sozialistischen Arbeiter-Jugend und ebenso im Reichsbanner eine starke proletarische Opposition zeigt, die wir zu uns herüberziehen müssen. Wir haben in den letzten Wochen aus allen Bezirken eine aufsteigende Tendenz berichtet bekommen. Unsere wichtigste Aufgabe ist heute, die angenommene Taktik auf unsere praktische Jugendarbeit anzuwenden. Die Arbeit in den Gewerkschaften, der Kampf um gewerkschaftliche Betriebsvertrauensleuteposten in den Betrieben muß energischer geführt werden. Das sind die kleinen Forderungen des Tages, durch deren Vertretung wir uns das Vertrauen der jungen Arbeiter erwerben müssen.

In der Diskussion kam keinerlei Opposition gegen die vorgeschlagene Linie der Arbeit zum Vorschein.

Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein Aufruf der Reichskonferenz an die Jugendsektionen in den Gewerkschaften, die Sozialistische Arbeiterjugend, die Jungsozialisten, Arbeitersportorganisationen und die proletarischen Mitglieder des Reichsbanners wurde ebenfalls gegen eine Stimme angenommen. Der Kampf für die in diesem Aufruf aufgestellten Mindestforderungen der arbeitenden Jugend wird in der nächsten Zeit im Mittelpunkt der Arbeiten des Verbandes stehen.

Der vom Reichsinnenminister Schiele angekündigte Vorstoß gegen das Wahlrecht der Jugendlichen wird die oben erwähnten Organisationen zwingen, zu erklären, ob sie gewillt sind, gemeinsam mit der Kommunistischen Jugend den Kampf gegen diese Entrechtung aufzunehmen.

Mit einem Hoch auf die deutsche kommunistische Bewegung und die Weltrevolution schloß die Reichskonferenz.

Diese politische Entscheidung der obersten Körperschaft des Jugendverbandes in der Zeit zwischen zwei Verbandstagungen stellt die Jugend erneut in eine Kampffront mit der Partei und ist die beste Gewähr dafür, daß die Partei in den kommenden Monaten am Jugendverband eine aktive Stütze in den kommenden Kämpfen haben wird.

Waldenburg

Sonntagsbetrachtungen

(Arbeiterkorrespondenz.)

Gottesberg, 7. Juni.

Alt und jung ist dicht zusammengedrängt auf dem Festplatze. Die schöne Witterung hatte die Proleten herausgelockt aus ihren Wohnhöhlen. Vielfach gaben auch die Kinder den Anreiz dazu, welche die Sehnsucht nach all den Neuigkeiten auf dem Schützenplatz nicht zu unterdrücken vermochten. Konnten die Bergleute den Wünschen ihrer Kinder gerecht werden? Nein! Nicht ein Bruchteil der Wünsche konnte den Kindern gewährt werden. Und warum? Alles wegen dem leidigen Halles. An dem „kranken" die Bergleute besonders. Wer hätte nicht beobachtet, wie verzweifelt so manche Bergmannsfrau ihre Kinder zu trösten suchte. Wo Trostworte nicht mehr vermochten, die Begierden der Kinder zu unterdrücken, da setzten Scheltworte und Schläge ein auf die armen gequälten Kinder, die nicht wissen, „warum" sie auf all die Leckerbissen und sonstigen Genüsse verzichten sollten. Wohl hörten sie oft genug von den Eltern, daß das Geld hierfür und dafür nicht langt, aber warum es bei ihnen gerade nicht langt, erfuhren die wenigsten. Sollte unter solchen Verhältnissen sonntägliche Zufriedenheit bei den Kindern und Eltern Platz greifen? Nein! Ein tiefes Grollen, das einem fernen Gewitter gleicht, griff in so manchem Proleten Platz gegen das verfluchte kapitalistische System, in dem die einen bis über den Hals hinaus schwelgen und die anderen nichts, rein nichts von der Freude haben. Nur Arbeit und nochmals Arbeit ohne jegliches Vergnügen.

„Proletarierlos."

Die andere Seite zeigt Leben. Warum Leben? — Ganz einfach, weil sie, die Besitzenden, all ihren Herzenswünschen zu jeder Zeit gerecht werden können. Nicht wie die Besitzlosen brauchen sie die staubigen Straßen einherzuspazieren, sondern auf „Klassewagen" fahren sie einher, wirbeln dazu noch den Staub der Straßen auf, den die armen Proleten schlucken müssen.

Ein Momentbild vom Schützenhaus. Die Schützen sitzen alle gemächlich an ihren Festtischen im Festsaal, als plötzlich ein Gewitter die Festplatzbesucher überrascht, die aber bald Zuflucht und Deckung suchen vor dem eintretenden Regen. Auch in den Festsaal drängen sich nun Proleten. Eben wird daselbst das Preußenlied gesungen, ja gegröhlt, denn viele der Schützen sind schon seit den drei Pfingsttagen nicht recht nüchtern geworden. Gestört und belästigt fühlen sich die Schützen durch den Andrang der Proleten, die ja nicht mit einstimmen in das Lied.

Aber Hilfe steht den tapferen Schützen zu Diensten. Der Ordnungshüter ist darum besorgt und ersucht die Proleten in dem Gedränge am Saaleingang usw. doch wenigstens zu „Ehren Deutschlands" das Haupt bei dem Liede zu entblößen. Jedoch findet er nicht Gehör. Grollendes Gewitter übertönte das Grollen der Proleten. Wehe aber, wenn das proletarische Gewitter einst hereinbrechen wird. — Heulen und Zähneklappern wird man dann wahrnehmen bei denen, die heut „leben" und die andern hungern lassen.

Urbin.

Wie beim Kirchenaustritt Schwierigkeiten gemacht werden

Auf dem Waldenburger Amtsgericht kann man die Beamtenbürokratie wieder mal richtig kennen lernen. Man kann dort nur durch energisches Vorgehen erfahren, in welchem Zimmer sich das Kirchenaustrittsbüro befindet. Mit Höflichkeit scheint man bei den Beamten nicht mehr anzukommen. Als ich dort mehrere Beamten um Auskunft bat, erhielt ich nur die Antwort, das wisse man nicht, ein anderer schickte mich zum Zimmer Nr. 32. Als ich dorthin kam, war das Zimmer verschlossen, und so wurde ich immer hin und her gejagt. So erging es auch mehreren Kollegen von mir.

Warum verheimlicht man das so? Die Geschichte kommt mir sehr merkwürdig vor.

Wir protestieren gegen eine derartige Taktik der Beamtenbürokratie und rufen den Arbeitern zu, sich so etwas nicht gefallen zu lassen! Wer aus der Kirche austreten will, der soll das ungehindert tun können. Was sagt der Magistrat zu dieser Art und Weise der Beamten? Was wird er tun, um diese Zustände zu beseitigen?

Lokales

Breslau, 8. Juni.

Eine Notstandsarbeiterversammlung

findet heute abend 7 Uhr im Gewerkschaftshause statt. Es ist Pflicht aller Notstandsarbeiter, dort zu erscheinen.

Bahnhof Nikolaitor eröffnet

Mit dem Inkrafttreten des neuen Sommerfahrplanes wird auch der Bahnhof Nikolaitor dem Verkehr übergeben. Der Bahnhof wird an Werktagen von 4.30 Uhr morgens bis abends 10 Uhr, an Sonntagen bis 11 Uhr für den Reiseverkehr geöffnet sein. An der westlichen Bahnsteigkante werden die zwischen Breslau-Hbf. und Obernigk, Trachenberg verkehrenden Züge, an der östlichen die der Richtung Oels und Trebnitz abgefertigt, soweit diese zwischen Breslau-Odertor und Breslau-Hbf. durchgeführt werden. Insgesamt durchlaufen nach dem am 5. Juni in Kraft tretenden Fahrplan den Bahnhof 48 Personenzugfahrten. Von diesen werden 31 halten, und zwar 8 in der Richtung nach Oels, 5 in der Richtung nach Obernigk, 2 in der Richtung nach Trebnitz und 16 in der Richtung nach dem Hauptbahnhofe.

Die abgeänderten Steuerabzüge

Nach den Abänderungen, die der Steuerausschuß des Reichstages für die neue Regelung der Lohnsteuer getroffen hat, ergibt sich folgendes Bild der Abzüge vom Arbeitseinkommen, dessen Einzelheiten aus einem Merkblatt ersichtlich sind, das die Finanzämter unentgeltlich abgeben. Es sind abzuziehen:

Bei einem Monatslohn von 100 Mark

wenn alleinstehend	2.— Mark
mit Ehefrau	1.80 „
mit 1 Kind	1.60 „
mit 2 Kindern	1.20 „
mit mehr Kindern	— „

Bei einem Monatslohn von 200 Mark

wenn alleinstehend	12.— Mark
mit Ehefrau	10.80 „
mit 1 Kind	9.60 „
mit 2 Kindern	7.20 „
mit 3 Kindern	4.80 „
mit 4 Kindern	2.40 „
mit mehr Kindern	— „

Bei einem Monatslohn von 250 Mark

wenn alleinstehend	17.— Mark
mit Ehefrau	15.30 „
mit 1 Kinde	13.60 „
mit 2 Kindern	10.20 „
mit 3 Kindern	6.80 „
mit 4 Kindern	3.40 „
mit mehr Kindern	— „

Bei einem Monatslohn von 300 Mark

wenn alleinstehend	22.— Mark
mit Ehefrau	19.80 „
mit 1 Kind	17.60 „
mit 2 Kindern	15.40 „
mit 3 Kindern	11.— „
mit 4 Kindern	6.60 „
mit 5 Kindern	2.20 „
mit mehr Kindern	— „

Bei einem Monatslohn von 400 Mark

wenn alleinstehend	32.— Mark
mit Ehefrau	28.80 „
mit 1 Kind	25.60 „
mit 2 Kindern	22.40 „
mit 3 Kindern	16.— „
mit 4 Kindern	9.10 „
mit 5 Kindern	3.20 „
mit mehr Kindern	— „

Bei einem Monatslohn von 500 Mark

wenn alleinstehend	42.— Mark
mit Ehefrau	35.80 „
mit 1 Kind	33.60 „
mit 2 Kindern	29.40 „
mit 3 Kindern	21.— „
mit 4 Kindern	12.60 „
mit 5 Kindern	4.20 „
mit mehr Kindern	— „

Diese Abzüge haben, falls sie durch die Annahme im Reichstagsplenum Gesetzeskraft erhalten, Gültigkeit für alle Einkommenszahlungen, die einen nach dem 31. Mai geleisteten Dienst entgelten.

Kommunistischer Jugendverband Deutschland
Ortsgruppe Breslau

Mittwoch, 10. Juni, abends 7,30 Uhr im „Minoritenhof"

Levine-Gedenk-Feier

Jeder Jungarbeiter(in) ist eingeladen. Eintritt frei.

Aus der Provinz

Hermsdorf (Kynast). Der Abtreibungsparagraph. Hier gibt es einige Aerzte, die bei kranken Proletarierfrauen, die schwanger werden, operative Eingriffe vornehmen. Doch, wie es in dem heutigen bürgerlichen Deutschland üblich ist, gingen die Aerzte nie über den Rahmen des gesetzlich Zulässigen hinaus. Sie wiesen aber jede Frau ab, die aus wirtschaftlichen Nöten einen Eingriff wünschte. Aber schon die Tatsache, daß Aerzte den kranken Proletarierinnen halfen, war den Hermsdorfer „reinen" bürgerlichen Sittlichkeitshütern ein Dorn im Auge. Die Hebamme Bankelow trug dem katholischen Pfarrer alles zu, was nach ihrer Meinung nicht richtig von Hermsdorfer Aerzten getan wurde. Der für imperialistisches Kanonenfutter sorgende Pfaffe hatte nun nichts Eiligeres zu tun, als aus der geistlichen Pflicht ein verborgenes Tun zu machen und es dem Gericht zu verpfeifen. Jetzt ist Anklage erhoben worden. Die Sache wird natürlich für die Aerzte wie das Hornberger Schießen ausgehen. Die Dummen aber bleiben die Arbeiter. Denn die Aerzte haben Angst bekommen. Sie scheuen sich nun, daraus die Lehre zu ziehen: Der § 218 muß verschwinden. Die Hermsdorfer Arbeiterschaft geht darum ein solcher Prozeß sehr viel an. Ihre Aufgabe ist es, den Aerzten begreiflich zu machen, daß sie mitkämpfen müssen für das Ziel: Jede Frau Herr über ihren eigenen Körper!

Genossen,
hebt die gelesenen Nummern der Zeitung auf zur Hausagitation!

Schwarzwalden, Kreis [illegible], Kanbach. So geht es den Armen. Einen [illegible] Anblick erlebte ein Genosse, welcher geschäftlich am Sonnabend, dem 23. Mai durch diesen Ort kam.

In der Mitte des Dorfes stand ein Trupp Menschen zusammen, welche vor einem Haufen armseliger Sachen standen. Der Genosse frug einige Frauen: „Na, was für ein armes Luder wird denn hier wieder vom Gerichtsvollzieher gepfändet?" Die Frauen erklärten ihm: Da wird eine arme Familie in des Mannes Abwesenheit, weil sie nicht die Miete zahlen kann, auf die Straße gesetzt. Die Frau hat sich schon deshalb das Leben nehmen wollen. Auf meine Frage: wieviel Kinder? Antwort: vier Kinder. Ich ging zu dem Haufen zurück und fragte nunmehr nach dem Amtsvorsteher oder Gemeindevorsteher. Der Gemeindevorsteher gab mir bereitwilligst Auskunft, sowie auch die anwesenden Bauern, welche alle auf seiten des Hinausgeworfenen standen, welcher als arbeitsamer, ordentlicher Mensch, was auch auf seine Familie zutrifft, gilt.

Der Besitzer des Grundstückes, der in verschiedenen Dörfern Grundstücke besitzt, [illegible] gekauft, ein „Herr" Zülsdorf aus Stonsdorf bei Hirschberg, ist ein deutsch-völkischer Inflationsgewinner, hat das Grundstück für eine Zigarre gekauft und jetzt will er es für 4500 Mark (Goldmark) verkaufen (laut „Bote aus dem Riesengebirge" vom 31. Mai 1925).

Hier zeigt sich deutlich, für wen unsere deutsche Gerichtsbarkeit ist; da ist sie nicht für den armen Proleten, nicht für die Kinderreichen, nein, nur für das raub- und beutelüsterne Schiebergesindel. Hier findet sich kein Staatsanwalt oder auch Finanzamt, um strafrechtlich und auch steuerlich gegen solche Hyänen vorzugehen. „Wer solches [illegible] nennt sich deutschnational und christlich" wie es der „Bote" erklärt; „Pfui Teufel über solche Bande."

Die umstehenden Bauern meinten, solche Gemeinheiten und [illegible] müßten in alle Zeitungen kommen. Ich klärte diese darüber auf, daß ein bürgerliches Blatt solche Artikel nicht bringen darf, da es der Kapitalismus verbietet und nicht zuläßt, daß die Sünden der bürgerlichen Gesellschaft an den Pranger gestellt werden, sondern dies kann nur durch die kommunistische Arbeiterpresse geschehen. Ich wies die Bauern auch darauf hin, daß solche Hinauswürfe unter dem heutigen kapitalistischen Raub- und Steuerdruck für sie alle Tage eintreten können, denn sie täten sich wohl auf ihren Feldern schinden und plagen, den Nutzen aber zögen die Nichtstuer und Parasiten am deutschen Volkskörper und diese zu beseitigen, ist Sache **des gesamten werktätigen Proletariats,** gleichviel was für Stände es sind.

Hier Bresche zu schlagen und Aufklärung zu **bringen, ist unsere Pflicht.**

Petersdorf. Weinertabend. Am 25. Mai veranstaltete die JAH., Ortsgruppe Petersdorf, einen Weinertabend. Der Besuch war den Verhältnissen entsprechend (Pfingsttage vor der Tür) gut zu nennen.

Was Erich Weinert bot, war eine Geistesstärkung für den Revolutionär, eine Belehrung für den Fernstehenden und Indifferenten. W

Man muß gehört haben „Die deutsche Republik, ein Trauerspiel," dem sich das „Deutsches Zuchthaus" würdig anpaßt, desgleichen „Schutz der Republik" dazu die „Parlamentarische Tiersammlung aus dem Reiche der Tiere?", „Die Grabinschriften für die Republik", für jeden Revolutionär „Das wolln nicht vergessen." „Die Errungenschaften der Republik" und „Deutsche Scherzartikel" **lösten Heiterkeit** aus, die alles in den Schatten stellte, **was sonst Leute, die für** die bürgerliche Gesellschaft als **„Komiker" dienen, nicht fertig** bringen.

Erich Weinert ist **kein Komiker**, er ist **Satiriker in präzisierter**, aber auch in reinster und feinster Form, wenn er **auch den Ernst** hat, wie im Appell an die Freiheit **„Soldaten der Freiheit paßt auf"**, so hat er die Kunstfertigkeit, **auch den Stumpfsinnigsten** zum Denken, aber auch **zum Lachen zu bringen.**

Hoffen wir, daß Erich Weinert **nicht zum letzten Male in** Schlesien gewesen ist und besonders **nicht zum letzten Male im** schönen, aber ach so dummen, verlimpelten Riesengebirge, damit auch unsere dritte Ecke, welche heute auf der einen Seite nur dem Bourgeois, Prasser und Schieber dient, die Erich Weinerts „beste Freunde" in der Karikatur sind und auf der anderen Seite das große bittre aber auch tiefste Elend sieht, damit in unsre dunkle Gegend endlich helles reines Licht des „Wahren Sozialismus" scheint.

Genosse Erich Weinert, auf ein **baldiges Wiedersehen im Riesengebirge!**

Hirschberg. Beim Hirschberger „Boten ist alles möglich. Einen unglaublichen Schwindel leistete sich am Sonnabend das Hirschberger demokratische Käseblättchen „Der Bote aus dem Riesengebirge".

Nachdem die gesamte bürgerliche Presse seit Monaten eine systematische Hetze gegen Sowjetrußland entfaltet, darf auch „Der Bote" nicht schweigen, sondern muß seinen Senf dazugeben. Die Tagespresse der Bourgeoisie hat längst eingesehen, daß man mit dem Erzählen von Schauermärchen den Aufstieg Sowjetrußlands nicht verhindern kann, vor allem deshalb schon nicht mehr, da anerkannte Autoritäten der Bourgeoisie sich persönlich von den ungeheuren Leistungen, die unsere russischen Genossen beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau der Sowjetunion erzielt, überzeugt haben. Die großen Tageszeitungen der Bourgeoisie sprechen deshalb schon lange ganz offen davon, Sowjetrußland, die größte Kraftquelle des Kommunismus zu vernichten. Eben deshalb, weil sie in dem Wiederaufbau Rußlands eine ungeheure Gefahr für ihre Interessen wittern, deshalb muß Rußland vernichtet werden.

Der Petersburger Berichterstatter des „Boten" scheint allerdings der Meinung zu sein, daß man durch offensichtliche Lügen, durch das Erzählen von Schauermärchen die Hirschberger Arbeiterschaft vor Sowjetrußland gruselig machen muß, um sie in die antibolschewistische Front einreihen zu können. Wahrscheinlicher ist es aber, daß der Redakteur des „Boten" die ganzen Jahre geschlafen hat und in Ermangelung objektiver Informationen einfach ein altes Manuskript aus dem Jahre 1919 abdrucken ließ. Wie anders wäre es möglich, wenn in dem Artikel „Wie es jetzt in Petersburg aussieht" Behauptungen aufgestellt werden, die ja kein Arbeiter mehr glaubt, da er ja doch in den letzten Jahren selbst von bürgerlichen Zeitungen soviel Eingeständnisse über den grandiosen Aufbau Sowjetrußlands erfahren hat. Der Verfasser des Artikels, der doch kein Petersburger Berichterstatter ist, sondern in den Redakteurzimmern des „Boten" sitzt und wahrscheinlich Rußland in seinem Leben nur auf der Landkarte gesehen hat, muß die Leser seiner Zeitung schon für sehr dumm einschätzen. Er schreibt, daß umgefallene Laternenpfähle und zerbrochene Lastautos die Straßen versperren, die Einwohner auf dem Marsfelde — dem Friedhof gefallener Revolutionäre — den Müll abladen. Ganze Häuserviertel sind zusammengebrochen und die Stadtverwaltung trägt sich mit dem Gedanken, Parks an diesen Stellen anzulegen. Aber die Parks selbst sind verlottert, auf jedem Schritt liegen zerschlagene Flaschen, Eierschalen und dergleichen Dinge. Ja, der liebe Mann behauptet, daß man in Moskau sogar verheizte Holzhäuser sieht. Man spricht manchmal von Hellsehern, hier scheint man es mit einem Dunkelseher zu tun zu haben. Der Artikel ist eine so üble Mache, daß die Hirschberger dieses Mistblatt, von dem man glauben könnte, daß der untere Teil der Priesterstraße sein Geburtsort ist, zur Tür hinauswerfen müssen, wollen sie nicht länger belogen werden.

Aber warum dieses öde Geschimpfe über Rußland?

Der Schreiber sagt es selbst: „Entschwunden ist aus Petersburg der Glanz früherer Tage."

Sein größter Kummer ist, daß die Denkmäler der Zaren verfallen. Ganz wehmütig wird ihm, wenn er das verrottete Monument Peter des Großen sieht.

Hier liegt der Hund im Pfeffer. Der alte zaristische militärische Pomp fehlt, es fehlt das blutige Zarenregiment, dem Tausende treue Genossen zum Opfer fielen. Es fehlt die Schlemmerei der Bourgeoisie, mit einem Wort, es fehlt die Monarchie. Ach ihr lieben Volksblockfreunde, schreibt nur öfter solche Artikel und die Arbeiter, die dem Reichsbanner angehören, werden bald merken, wohin ihr die Karre schiebt.

Hier in Deutschland geben diese Lügenmäuler an, gegen die Monarchie zu kämpfen. Auf der anderen Seite wenden sie wehmütig, weil dieselbe in Rußland gestürzt wurde.

Für die Hirschberger Arbeiter gibt es aus dieser Tatsache nur eine Konsequenz: aus der Stube mit diesem monarchistischen demokratischen „Boten aus dem Riesengebirge" und abonniert das „Berg-Echo".

Briefkasten

Landeshut. Zuschrift „Man kann auch anders" entbehrt der Wichtigkeit, um aufgenommen zu werden.

Schweidnitz. Rundschau kann nicht gebracht werden. Artikel 1 unbrauchbar. Artikel 2 nicht verständlich. Artikel 3 gehört nicht in die Rundschau und wird in Gemeinschaft mit anderen Artikeln unter „Was mir an der Zeitung nicht gefällt" veröffentlicht.

Genosse H. Seitendorf. Dein Artikel erledigte sich durch Veröffentlichung des Lania-Artikels. Die ironischen Schlußsätze sind von der „Bergwacht" wohl verstanden worden. Sie kann ihren Lesern eben alles bieten.

Achtung! Mit Rücksicht auf den Erich Weinert-Abend fallen Freitag abend alle Parteiveranstaltungen in Breslau aus.

Die Bezirks-Leitung.